

# Pulsnitzer Wochenblatt

Fernsprecher Dr. 18

Bezirks-Anzeiger

und Zeitung

Telegr.-Adr.: Wochenblatt Pulsnitz

Erscheint Montag, Mittwoch, Freitag und Sonnabend.  
Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Verdruckerarbeiten hat der Bezirker keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Vierteljährlich M 6.— bei freier Zustellung; bei Abholung vierteljährlich M 5.—, monatlich M 2.—, durch die Post abgeholt M 6.—.

## Amts-Blatt

des Amtsgerichts, des Stadtrates zu Pulsnitz und der Gemeindeglieder des Bezirks.

Postfach - Konto Leipzig 24 127. — Gemeinde - Giro - Konto 146.

Inserate sind bis vormittags 10 Uhr anzugeben. Die jedesmal gesaltene Reizzeile (Wolff's Zeitensystem 14) 80 Pfg., im Bezirke der Amtshauptstadt 70 Pfg. im Amtsgerichtsbezirke 60 Pfg. Amtl. Zeile M 2.40, 2.10 und 1.80. Refl. M 1.80 bei Wiederblg. Rabatt. Beiträbender und tabellarischer Satz mit 25 % Aufschlag. Bei zwangsweiser Einschaltung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall v. Preisnachl. in Anrechnung.

Amtsblatt für den Amtsgerichtsbezirk Pulsnitz

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Bismarckplatz Nr 265.

umfassend die Ortschaften: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Bollung, Großröhrsdorf, Breinig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Jah. F. W. Mohr).

Schriftleiter: F. W. Mohr in Pulsnitz.

Nummer 83.

Sonnabend, den 5. Juni 1920.

72. Jahrgang

Die amtlichen Bekanntmachungen befinden sich auf der Beilage.

### Das Wichtigste.

Postschluß für den dänischen Dampfer „Friedrich VIII“ von Kopenhagen nach New York am 10. Juni in Hamburg I am 7. Juni mittags.

Die „United Mail Steamship Company Amerika“ beginnt mit dem 1. Juli mit 15 vormals deutschen Schiffen einen Passagierdienst zwischen den amerikanischen und europäischen Häfen.

In Darmstadt wurden öffentliche Wahlversammlungen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei durch Unabhängige empfindlich gestört indem u. a. mit Hydranten Wasser in den Saal gespritzt wurde.

In der englischen Kohlenindustrie droht eine neue ernste Krise auszubrechen. Die große Mehrzahl der Grubenarbeiter ist entschlossen, darauf zu bestehen, daß die Regierung entweder den Preis der Steinkohle herabsetzt oder eine neue Lohnherabsetzung vornimmt.

Die belgische Regierung hat bei dem Bankhaus Morgan eine Anleihe von 50 Millionen Dollar zu 7 1/2 Prozent ausgenommen, die in 25 Jahren rückzahlbar ist.

Nach einer Neuterklärung ist der Betrag des englischen Kredits für den wirtschaftlichen Aufbau Mitteleuropas und der baltischen Staaten vorläufig auf 10 Millionen Pfund Sterling festgesetzt worden.

Bei der Abstimmung der Londoner Gasarbeiter stimmten gestern abend 96 % für den Streik. Es handelt sich u. a. um Lohnforderungen.

Die württembergischen Behörden haben beschlossen, ein Drittel der Häuser von Benzol zu verbrennen, um die ausgebrochene Subonenpest zu bekämpfen.

Die Preisflaute am holländischen Warenmarkt dauern nach Kölnern Meldungen fort. In Rotterdam schwankten, dem „Courant“ zufolge, die Engrospreise für Kaffee und Kakao um 25 bis 30 Prozent. In Köln fallen die Preise für amerikanische Schuhwaren ausgesetzt. Herrenstiefel bester Qualität werden von amerikanischen und englischen Kommissionären für 130 bis 195 Mark angeboten.

Der vorläufige Reichswirtschaftsrat soll in der dritten Juniwoche zusammentreten.

Aus Reichsmitteln sind weitere zwei Milliarden Mark zur Senkung der Lebensmittelpreise bereitgestellt worden.

### Um was es jetzt geht.

Von unserem Berliner Vertreter.

Nur ein kurzer Augenblick trennt uns noch von den Reichstagswahlen. Der Ernst der Stunde darf nicht verkannt werden, wenn man sich vor Augen hält, daß es diesmal um die ganze Zukunft Deutschlands geht, denn wir stehen jetzt vor den schwerwiegendsten Entscheidungen der äußeren und der inneren Politik. Die bevorstehende Konferenz von Spaas soll die Entscheidung darüber bringen, wie hoch die Wiedergutmachungsleistungen sein werden, und wie lange das Joch der sklavischen und wirtschaftlichen Abhängigkeit von den Alliierten dauern muß. Da gibt es unter allen Umständen, daß eine tatkräftige Regierung in Spaas die deutschen Interessen vertritt, daß diese sich ihrer schweren Verantwortung bewußt ist, die sie sich durch die Lösung einer derartigen finsternen Frage ohne weiteres aufladet. Notwendigenfalls muß die neue deutsche Regierung die Stärke aufbringen, die Erdrosselungsbedingungen der Alliierten klar und entschieden zurückzuweisen. Die bisherigen Männer, die immer nur mit schmerzlicher Miene ja sagten, sind am aller ungeeignetsten, auf der Konferenz von Spaas zu verhandeln, denn eine derartige Aufgabe erfordert nicht nur eine große Willenskraft, sondern noch ungemein viele politische und diplomatische Fähigkeiten. Die Situation bei den Alliierten zeigt, daß man auf ein deutsches Einverständnis großen Wert legen muß, denn man fürchtet, daß der deutsche Vertreter dort die Zahlungsunfähigkeit Deutschlands allzu stark herausstreicht, das wäre den Herren Millerand und Lloyd George sehr unangenehm, denn darunter würde die Kreditfähigkeit der Alliierten erheblichen Abbruch erleiden. Andererseits aber muß mit vielem politischen Geschick eine Basis der Verhandlungen gefunden werden, die den Alliierten die klare Erkenntnis einprägt, daß Deutschland sich unter keinen Umständen seiner wirtschaftlichen Selbständigkeit berauben lassen kann und daß nur die freie Entwicklung der deutschen Wirtschaft den Gesundungsprozeß vollziehen kann.

Die Verhandlungen in Spaas werden sich aber nicht nur mit der Wiedergutmachungsfrage beschäftigen, sie werden auch die militärische Seite des Friedensvertrages kategorisch zu regeln versuchen, indem die deutsche Regierung aufgefordert wird, die militärische Abrüstung restlos durchzuführen. Bei dieser Gelegenheit muß der deutsche Vertreter kurz und bündig die Erklärung abgeben, daß die Sicherung der inneren Ordnung und Ruhe in Deutschland, die die erste Vorbedingung für einen friedlichen wirtschaftlichen Aufbau des Landes ist, eine wesentliche Veränderung der militärischen Bedingungen des Friedensvertrages

erheischt, ohne die Deutschland überhaupt keine Wiedergutmachungsverpflichtungen eingehen kann. Denn eine schwache Armee würde Deutschland ohne weiteres dem Bolschewismus ausliefern, durch den die Alliierten überhaupt nichts bekommen würden. Eine zweite, sehr bedeutungsvolle außenpolitische Frage ist ferner die der Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen zu Rußland. In dieser Frage hat die bisherige Regierung viel geirrt, denn sie hat aus Furcht vor den Alliierten keine Schritte zur Herstellung von wirtschaftlichen Beziehungen zu Rußland unternommen. Das ist eine schmachliche Feigheit gewesen, denn nach der Ablehnung der Blockade gegen Rußland mußte die deutsche Regierung konsequent zeigen, daß sie sich nicht in ihre Beziehungen zu auswärtigen Mächten von den Alliierten störend beeinflussen läßt. Da könnte ja in Zukunft die Entente uns jede Verbindung mit dem Auslande verbieten, soweit sie über die dauernde, sklavische Abhängigkeit von England und Frankreich hinausgeht.

Die innere Politik verlangt von der neuen Regierung ein energisches, starkes Zupacken gegen die Linksradikalen. Schon geht man wieder in Arbeiterkreisen mit dem Gedanken des Generallstreiks und des bewaffneten Aufstandes um. Der Respekt vor der bestehenden Staatsgewalt ist vollständig ins Schwanken geraten. Überall werden Ruhe und Ruhestörungen angezettelt, man mißachtet Recht und Eigentum, sodas bald der letzte Rest von Ordnung in Deutschland verschwunden ist und je mehr die staatliche Autorität an Ansehen verliert, desto frecher erhebt die bolschewistische Revolution ihr Haupt. Wenn es da nicht gelingt, schleunigst alle Kräfte zur Aufrechterhaltung der Ordnung zu sammeln, dann wird der Bolschewismus die Macht an sich reißen und alle Hoffnungen auf eine baldige Wiedergeburt der deutschen Wirtschaft sind zerstört. Schließlich muß man auch wirtschaftliche Maßnahmen zur Vermeidung der bolschewistischen Gefahr ergreifen und die bestehen besonders in der Verbesserung der allgemeinen Lebensverhältnisse. Es wäre nicht allzu schwer, jetzt durch Beseitigung der Zwangswirtschaft den freien Markt mit zahlreichen und billigen Lebensmitteln zu versehen, außerdem könnte man durch großzügige Organisationen die wirtschaftlichen Kräfte des Landes soweit heben, daß Mangel und Arbeitslosigkeit bald beseitigt werden können. Nur eine Regierung in Deutschland, die diese Ziele mit klarer Erkenntnis und starker Energie verfolgt, wird unser Land vor dem Zusammenbruch retten. Wehe dem deutschen Volk, wenn es am 6. Juni falsch wählt. Was dann an diesem einen Tag verloren, können uns ganze Ewigkeiten nicht wieder zurückbringen.

### Derstliche und sächsische Angelegenheiten.

Pulsnitz. (Zur Wahl.) Der 6. Juni steht vor der Tür. Deutschlands Schicksalsstunde hebt langsam aus zum ersten Schlag. Da halten wir es für unsere Pflicht, noch einmal an dieser Stelle uns an die Wähler und Wählerinnen zu wenden und ihnen allen laut und eindringlich zuzurufen: tut eure Wahlpflicht, niemand veräume, am Wahltag an der Wahlurne zu erscheinen, auf jede Stimme kommt es an, auch auf die deine. Wie wir schon an anderer Stelle geschrieben, steht es fast zu befürchten, daß die Beteiligung an den Wahlen eine recht flau sein wird. Wollte Gott, daß dies ein Trugschluss sei. Geht es doch diesmal um so unendlich Wichtiges, wie noch nie zuvor. Es gilt bei den diesmaligen Wahlen, die Zukunft und das Schicksal des deutschen Vaterlandes für lange Zeit hinaus, ja eine politische Grundbasis für alle Zeiten festzulegen. Und da wollest du beiseite stehen und nicht mitbestimmen helfen und nicht auch ein Wort mitreden, geht es doch auch um deine Zukunft, um die deiner Kinder? Doch entscheide dich frei nach deinem eigenen Entschluss. Schließe dich der Partei an, die dir am nächsten steht. Laß dich nicht grauelig machen durch irgend welche Drohungen. Eine der beliebtesten an diesen Tagen ist es, zu behaupten: „Kommt eine bürgerliche Mehrheit zustande, dann gibt es einen Bürgerkrieg!“ Nun überlege man sich folgendes: Von jeher ist der Volksstaat als das Ideal aller Staatsnormen gepriesen worden. Unter einem Volksstaat verstehen wir einen Staat, der sich nach parlamentarisch-demokratisch-sozialistischem Prinzip auf dem Willen des Volkes aufbaut. Um diesen Willen des Volkes restlos zu erforschen, hat man das freieste Wahlrecht, das gleiche, geheime, direkte Wahlrecht eingeführt. Damit ist also jeder Klasse die Möglichkeit genommen, Sonderinteressen zur Geltung zu bringen und allein der Wille des Volkes ist maßgebend: vox populi, vox dei. Nach diesem Prinzip also hat die durch die Wahl sich ergebende Mehrheit, sie sei, wo sie sei, die Gewalt und die Minderheit hat sich zu fügen (vergl. Friedr. Naumann). Sollte sich nun bei der Wahl eine Rechtsmehrheit ergeben, so ist eben die Stimme des Volkes nach dieser Seite umgeschlagen. Und da wolle die Linke, die doch erst der Befürworter dieses freiheitlichen Wahlrechtes ist und den Willen des Volkes als oberste Instanz anzuerkennen stets gepredigt hat, sich selbst ins Gesicht schlagen und alle ihre ureigenen Dogmen über den Haufen werfen. Einen größeren Widerspruch könnten wir uns nicht denken. Denn das würde heißen, nun selbst ausüben, was sie zu bekämpfen stets vorgaben: Klassenregiment. Das heiße: Gewalt

vor Recht, das wäre Diktatur und Gewaltherrschaft in des Wortes absurdesten Bedeutung. Nein, verehrter Wähler, laß dich damit nicht grübelig machen, das Wahlergebnis kann keinen Bürgerkrieg zetteln, es sei denn, wir haben es mit Betrügnern zu tun. — Über Großes gilt es zu leisten. Das deutsche Vaterland, das hilflos zerstückt, soll wieder aufgebaut, wieder lebensfähig gemacht werden und da ist es deine heilige Pflicht, mitzuhelfen, ja auf diese Mühsal stolz zu sein. Deshalb finde dich am 6. Juni an der Wahlurne ein, jeder Mann, jede Frau!

Pulsnitz. (Wahlversammlung.) Der Wahlkampf, der höchst wunderlicher Weise ein durchaus ruhiger war, neigt sich dem Ende zu. Am gestrigen Abend hatte die Deutschnationale Volkspartei nochmals zu einem Vortrag geladen, der leider wieder recht schwach besucht war. Wir geben ja gern zu, daß für viele Geschäftsleute die Zeit eine durchaus ungünstige ist, aber auch von denen, die um 6 Uhr wohl abkömmlich sind, vermisten wir sehr viele. So war beispielsweise die Industrie wohl überhaupt nicht vertreten. Ist es Wahlkampfmißbilligkeit, ist es eine gewisse Interesslosigkeit oder ist das Urteil fest gebildet? Die Versammlung wurde geleitet von dem Parteisekretär, Herrn Dpiz, der die Erziehungsbegrüßte und dem Redner, Herrn Syndikus Dr. Reichert, Dresden, das Wort erteilte. Der in ansehnlicher Gegend noch unbekannt Herr gab zunächst einen kurzen Ueberblick über seinen Werdegang und seine seitherige Tätigkeit, über seine Reisen in den verschiedenen Ländern, wo er Land und Leute und die wirtschaftlichen Verhältnisse aus eigener Anschauung kennen gelernt hat, um so seine Qualifikation zu seiner Reichstagskandidatur darzutun. Vor allem hat der Herr Redner die englische Kriegs- und Eroberungspolitik, (vgl. die verschiedenen englischen Feldzüge) sowie die englische Handelspolitik mit besonderem Interesse verfolgt und war somit in der Lage, einwandfrei festzustellen, daß der eigentliche und letzte Kriegsgrund in England zu suchen sei. Begonnen hat der englische Konkurrenzneid in den Tagen Wismaras, der eine Zollmauer aufgerichtet hatte gegen die Ueberflutung Deutschlands mit englischen Waren und damit der deutschen Industrie zu neuem Aufstiege verhalf. Der Herr Redner behandelte weiter die Ungefährlichkeiten der heutigen Diplomatie, die es fertig bringt, trotz aller Schikanen der Alliierten, trotz der Besetzung Frankreichs und anderer Gebiete, noch immer auf eine Politik der Versöhnung und des Entgegenkommens zu hoffen, um sich dann den heutigen Regierungsparteien zuzuwenden. Der Haß der Demokratie gegen den Militarismus geht soweit, daß er sich nicht nur gegen die Auswüchse wendet, sondern sie hat nie Wert darauf gelegt, überhaupt genügend Militär zur Seite zu haben. Das aber ein Staat ohne einen Machtfaktor nicht bestehen kann, das hat die Regierung nicht erkannt, es wird ihr aber wohl durch das Verhalten und Wüten der Kommunisten (z. B. in Duisburg, wo unschuldige Leute auf graufame Weise hingerichtet wurden) zum Bewußtsein kommen. Den Kapp-Putsch bezeichnet der Vortragende als eine Militärrevolte, die nicht etwa durch den Generallstreik, sondern durch die Verhandlungen mit dem Minister Schiffer beendet worden sei, nachdem man eine sofortige Wahl und die Wahl des Präsidenten durch das Volk durchgesetzt habe. Des Weiteren bespricht Herr Dr. Reichert die Tätigkeit Erzbergers, dem wir den Waffenstillstand, durch welchen wir unsere gesamte Handelsflotte, das wertvollste Eisenbahnmateriale usw. dem Feinde ausliefern mußten, verdanken. Er schildert weiter, wie Erzberger der deutschen Regierung, die den Friedensvertrag nicht unterschreiben wollte, in den Rücken gefallen ist und wie er so das ganze deutsche Vaterland verraten hat. Und ein solcher Mann konnte noch Minister bleiben. — An der Hand eines demokratischen Wahlplakates beleuchtet der Herr Redner die Leistungen und Nichtleistungen der Demokratie. War sie in der Lage, die Revoluten und Blutvergießen der letzten Zeit zu unterdrücken? Nicht einmal den Generallstreik, den einige Linksradikale injiziert hatten, konnte sie abwenden. Wo hat die Demokratie die nationale Würde gewahrt? Daß unsere Offiziere und Soldaten nicht ausgeliefert zu werden brauchen, haben wir allein Verdner zu verdanken, der trotz aller Anmahmetelegramme aus Berlin, das Verlangen der Alliierten abgelehnt hat. Die Demokraten wollen eine Ueberbrückung herstellen zwischen Bürgertum und Sozialdemokratie und dabei hat Dresden selbst geäußert, daß er eine Arbeitsgemeinschaft verdammt. Nach einigen Erläuterungen über die Behandlung des Eigentumsbegriffes seitens der Sozialdemokratie und die Sozialisierungsfrage, die ja zur Zeit von den Sozialdemokraten selbst als unüberwindlich betrachtet wird, kommt der Herr Vortragende auf die Demobilisierung und die Tätigkeit des Reichsverwertungsamtes zu sprechen. Wie war es möglich, daß zu einer Zeit, wo nur verkauft wurde, wo die ungeheuren Vorräte an Heeresgut in Geld umgekehrt wurden, die Demobilisierung noch 17 Milliarden Defizit machen konnte? Das kam daher, daß den Schiebern Titr und Lor geöffnet wurden, daß das Reichsverwertungsamt an eine jüdische Firma folgend verkaufte: 1 Waffenrock für 1 M., 1 Mantel für 2 M., 1 Hemd für 50 Pfg. u. s. f. Wie hoch solche Mißwirtschaft vom Ausland eingeschätzt wurde, zeigt uns das dauernde Sinken unserer Valuta. — Zum Schluß seiner Ausführungen behandelte der Herr Redner die Stellungnahme der Deutschnationalen Volkspartei. Sie umfaßt alle möglichen Kreise. Jeder



Stand hat im Volke seine Berechtigung und das muß in der Gesetzgebung berücksichtigt werden. Der Klassenhaß muß schwinden. Mit Sozialismus, der unter sich habert und streitet und sich selbst schon in viele Parteien zerklüftet hat, kann kein Staat erhalten werden. Wir brauchen eine Politik, die gegründet ist auf den nationalen deutschen Gedanken. Wir müssen uns wieder dem Christentum nähern. Und wer so den Staat erhalten wissen will, der gebe seine Stimme der Deutschnationalen Volkspartei. Da sich zur Debatte niemand meldete dankte der Versammlungsleiter Herrn Dr. Reichert für den mit Beifall aufgenommenen Vortrag und schloß die Versammlung.

(Beilagen.) Der heutigen Nummer dieser Zeitung liegen zwei Beilagen bei: „Das wahre Gesicht der Demokratie“ der Deutschnationalen Partei und „Kaufler Wähler“ der Deutsch-demokratischen Partei, auf die wir besonders hinweisen.

(Wie eine Mahnung vor der Wahl) Klingt es aus einem Briefe, der aus Mexiko vorgestern bei einem Großenhainer eingetroffen ist. In dem Briefe heißt es u. a.: „... auch ein Zeichen der Zeit, die Japaner strengen sich tüchtig an, den Handel an sich zu ziehen, ihre Produkte sind den deutschen fast gleichwertig, billig, sie fabrizieren so ziemlich alles, schade, daß die Industrie drüben so langsam im Ausführen ist, wir haben Bestellungen seit November nach drüben gelegt und bis heute noch keine Anzeige der Verschiffung. Die Japaner werden den Deutschen bald den Rang ablaufen, schade. Wie man aus den Zeitungen sieht, gibt es drüben nur Streiks in den Fabriken, wenn das Volk sich nicht besinnt und wieder zur Arbeit zurückkehrt, werden die Zustände drüben immer unhaltbarer, ein Trost bleibt jedoch, und zwar der, daß es in den anderen Ländern, die meinen die Sieger zu sein, auch nicht besser hergeht.“ — Dieser Trost ist allerdings ein recht schwacher. Der Brief zeigt aber deutlich, wohin es kommt, wenn infolge der fortgesetzten Streiks die Leistungsfähigkeit der deutschen Industrie unterbunden wird, sodaß sie im Wettbewerb mit der Industrie anderer Völker unterliegt. Wenn die deutsche Industrie zugrunde geht, bedeutet dies das schrecklichste Bos für den deutschen Arbeiter. Darum sollte am Sonntag jeder Mann und jede Frau nur für jene Parteien stimmen, die das Fortbestehen der deutschen Industrie als Lebensnotwendigkeit für das deutsche Volk betrachten. Und das sind die Rechtsparteien! Diesen gebt die Stimme!

(Zu den Wahlen.) Aus der Bestimmung, daß auf je 60 000 für einen Wahlvorschlag abgegebene Stimmen ein Abgeordnetensitz entfällt, ergibt sich, daß die Mitgliederzahl des neuen Reichstages von vornherein nicht feststeht. Sie hängt ab von der Wahlbeteiligung. Ist sie sehr stark, so wird die neue Volksvertretung nahezu 500 Mitglieder zählen, ist sie schwach, dann wird der neue Reichstag nicht mehr Abgeordnete aufweisen als die Nationalversammlung. Die Nationalversammlung zählte 423, der alte Reichstag 397 Abgeordnete. Das ist natürlich für die Mehrheitsbildung von Bedeutung und damit entscheidend für die Zusammenfassung der künftigen Regierung.

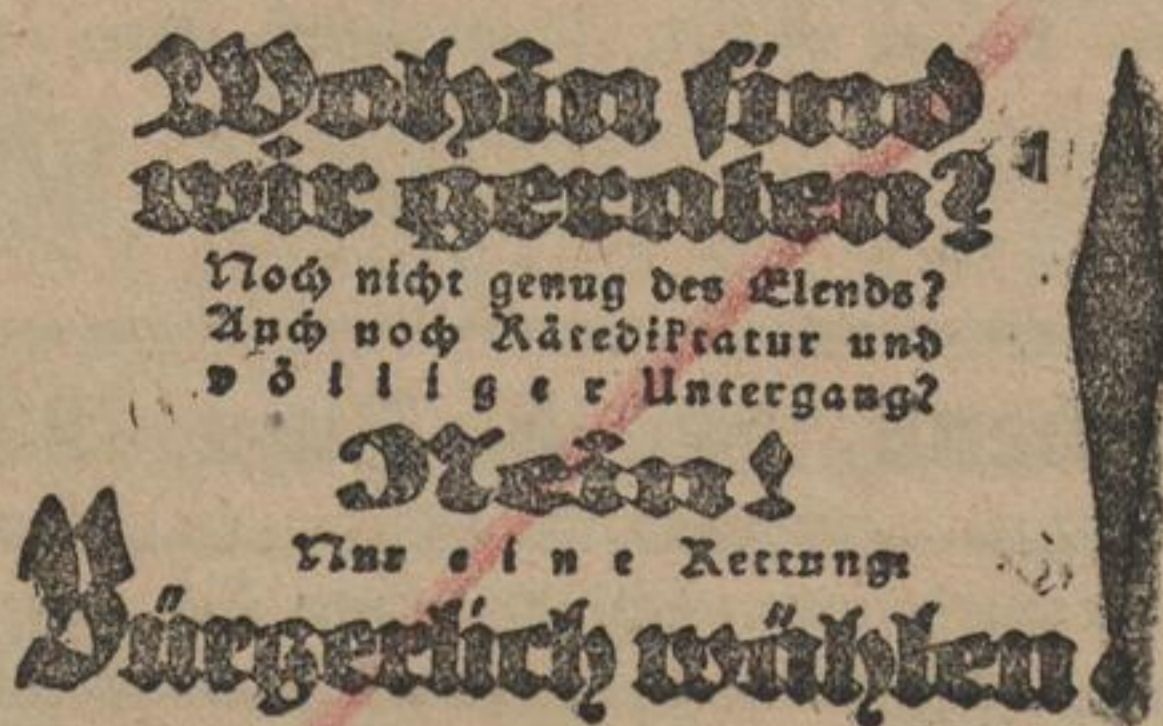
(Ein Reinsfall.) Der „Vorwärts“ gibt jetzt selbst zu, nachdem er anfänglich den Vorwurf als Lüge bezeichnet hatte, am 20. Oktober 1918, also 3 Wochen vor dem Waffenstillstand und während der Schlacht an der Maas geschrieben zu haben: „Deutschland soll — das ist unser fester Wille — seine Kriegskasse für immer streichen, ohne sie das letzte Mal eingebracht zu haben“, womit der „Vorwärts“ selbst zugibt, daß er fest gewillt war, mit Herrn Scheidemann Deutschland niemals feig zu sehen. Wir sind tatsächlich vom Sozialismus im Reize von hinten erdolcht worden.

Dresden, 3. Juni. (Durch den großen Preissturz) in den letzten Tagen dürfte der Stadt Dresden ein Millionenverlust insofern entstehen, als sie die Hülsenfrüchte, die sie auf Lager hat und die auf 20 Millionen geschätzt werden, für einen bedeutend geringeren Preis verkaufen muß, zumal auch die Nachfrage nach Hülsenfrüchten in den letzten Wochen wegen der frühen Frischgemüseernte sehr nachgelassen hat. Ein Demonstrationszug Erwerbsloser bewegte sich am Mittwoch vormittag durch die Stadt, die Teilnehmer hatten sich auf dem Schützenplatz gestellt und zogen in der Stärke von etwa 5 bis 6000 Köpfen durch die Wettinerstraße, über den Postplatz und dann durch die Marien- und Pragerstraße, dann zurück und am Rathaus vorüber nach der Neustadt. Es wurden Plakate im Zuge mitgeführt, die verschiedene Forderungen enthielten, wie „Senkung der Lebensmittelpreise, Billiges Schuhwerk, Entfernung der verheirateten Frauen aus den Betrieben“, usw. Die Erwerbslosen sandten eine Abordnung in das Rathaus, um dort ihre Forderungen vertreten zu lassen.

Moritzburg. (Blitzschlag.) Bei den Sonntag mittag in hiesiger Gegend auftretenden Gewittern schlug der Blitz in eine Gruppe junger Leute eines Dresdner Wanderklubs, die unvorsichtigerweise unter zwei hohen Kiefern Schutz vor den großen Regengüssen gesucht hatten, wobei sechs Personen betäubt wurden. Nachdem ihnen die erste Hilfe zuteil geworden war, hatten sich gegen Abend vier davon soweit erholt, daß sie in ihre Behausung gebracht werden konnten, während zwei dem Friedrichstädter Krankenhaus zugeführt wurden.

Neusalza-Spremberg. (Hotel Schäfer verwaist) Ein eigenartliches Geschehen scheint über dem früheren bekannten Hotel Luchalsch hier zu walten, denn nachdem es innerhalb eines nicht vollen Jahres viermal verkauft und zuletzt in die Hände des Weinstubeninhabers Erwin Schäfer aus Schirgiswalde übergegangen und nach ihm benannt war, ist es seit Mittwoch geschlossen, während der genannte Besitzer unter Hinterlassung beträchtlicher Schulden mit Sach und Pack von hier abgedampft ist, ohne daß man weiß, wohin er sein Ziel genommen hat. Ein hiesiger Kaufmann, Inhaber eines Kolonialwaren- und Feinstoffgeschäfts, hat dem Verschwundenen angeblich einen Warenkredit von 2000 M. gewährt, der wohl als verloren zu bezeichnen sein dürfte.

(Bom Blitz getötet) In Röhrsdorf 5. Wilsdr. wurden Vater und Mutter von 5 Kindern vom Blitz getötet, während sie beim Essen saßen. Das Anwesen brannte nieder, die Kinder sind gerettet.



### Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Berlin, 5. Juni. (Die Verhandlungen mit der Ärzteorganisation.) Die Vertreter der Ärzte und der Krankenkassen berieten gestern über die Regelung der Arzthonorare. Vorgesehen bei den Bezahlungen nach Einzelleistungen 4 bez. 6 M für die Konsultation bez. den Besuch mit der Einschränkung, daß im Quartal nicht mehr als 4 Einzelleistungen zu vergüten sind. Besondere Maßnahmen sollen entsprechend den Mindestsätzen der demnächst festzusetzenden Gebührenordnung mit bestimmten Zuschlägen bezahlt werden. Bei der Abgeltung durch Pauschale solle denselben Berechnungen zugrunde gelegt werden, nach denen eine entsprechende Summe zur Bezahlung der Sonderleistungen abgezogen worden ist. Da sich im übrigen auch Schwierigkeiten bei der Feststellung der materiellen Grundlage ergaben, haben die Unterhändler einen Unteranschluß mit der Klärung betraut, der in einer Woche mit endgültigen Vorschlägen fertig zu sein beabsichtigt.

Berlin, 5. Juni. (Die Ernteaussichten.) Der preussische Ministerpräsident und Landwirtschaftsminister Braun erklärte einem Mitarbeiter des Berl. Tagebl. über den Stand der Ernte u. a.: Infolge der außerordentlich günstigen Witterung kann man diesmal mit einer befriedigenden Mittelernte, wahrscheinlich aber mit einer reichlichen rechnen. Die Aussichten für die Getreide sind äußerst günstig, und das Getreide zeigt überall da, wo ausreichend gedüngt wurde, einen sehr befriedigenden Stand. Auf die Frage, ob in absehbarer Zeit eine Verbesserung der Fleisch- und Butterbelieferung zu erwarten sei, antwortete der Minister, daß es nur noch eine Frage der Fütterung ist, ob es gelinge, die Fleischbelieferung zu verbessern und die allgemeine Viehhaltung auf einen befriedigenden Stand zu bringen. Wenn es gelingt, für den Herbst Straßfutter für das Vieh zurückzustellen, so seien die Aussichten nicht schlecht.

Berlin, 5. Juni. (Zur Regelung der Schuhwarenindustrie und Senkung der Schuhpreise.) Wie die Börsting, von unterrichteter Stelle erfährt, sieht das Reichsarbeitsministerium mit der Pirmanenser Schuhwarenindustrie in Verhandlungen, um eine Wiederaufnahme des Betriebs in den geschlossenen Schuhfabriken herbeizuführen. Es wird daran gedacht, aus Mitteln der produktiven Unverlosenenfürsorge Darlehen zu gewähren, die in ihrer Höhe nach der Ersparnis an Erwerbslosenfürsorge bemessen werden. Die Preise für die Schuhwaren, die auf diesem Wege hergestellt werden, sollen sich in einer Höhe halten, die sie auch für die minderbemittelte Bevölkerung erträglich erscheinen lassen. Davon wird zugleich eine günstige Einwirkung auf die Salzung des Schuhwarenhandels erwartet, der sich vielfach noch nicht zu dem notwendigen Preisabbau entschließen konnte.

Frankfurt, a. M., 4. Juni. Wie die „Frankf. Ztg.“ aus Koblenz meldet, hat die interalliierte Rheinlandskommission neuerdings angeordnet, daß alle deutschen Militärpersonen, Feuerweh- und Forstbeamten in Uniform die Fahnen der verbündeten Mächte grüßen müssen. Die Offiziere müssen die Offiziere der verbündeten Mächte gleichen und höheren Ranges grüßen. Alle anderen Deutschen in Uniform müssen alle Ententeoffiziere grüßen.

### Aus aller Welt.

Halle, 5. Juni. (Gewaltstreik in Querfurt.) Von putzartigen Gewaltstreikern wird in den „Halleischen Nachrichten“ aus Querfurt berichtet. In Querfurt wurden unter Beteiligung des Landarbeiterverbandes Aktionsausschüsse gebildet, auf deren Veranlassung erfolgte durch bewaffnete Banden aus Nauaburg die Entwaffnung der Einwohnerwehren. An der Entwaffnung nahmen auch Landbewohner, namentlich Industriearbeiter teil. Requisitionen von Lebensmitteln wurden in großem Umfang vorgenommen, ebenso schwere Plünderungen und Erpressungsversuche, u. a. in einem Falle von 30 000 M. Als die Reichswehr anrückte, verschwanden die Banden unter Mitnahme von Reitpferden, die indessen später den Besitzern wieder zugestellt werden konnten.

München, 4. Juni. (Rise im bayerischen Gastwirtsgerwebe.) In München sind bereits mehr als zehn Hotelgebäude zu anderweitigen Zwecken verkauft worden. Die Zahl der Entlassungen von Angestellten des Gastwirtsgerwebes wächst immer mehr.

Die Angestellten fordern daher ein Verbot des Verkaufes weiterer Hotels zu anderen als Wohnzwecken, sowie eine entgegenkommendere Handhabung der Fremdenkontrolle.

Darmstadt, 3. Juni. (Gesprengte Versammlungen) Nachdem bereits am Sonntag eine öffentliche Wahlversammlung der Deutschnationalen Volkspartei durch Anhänger der Unabhängigen Sozialdemokraten vereitelt worden war, erlitt am Mittwoch das gleiche Schicksal eine von der Deutschen Volkspartei einberufene Versammlung in der großen Turnhalle, bei der ausdrücklich nur Mitglieder der bürgerlichen Parteien eingeladen waren. Anhänger der Unabhängigen hatten die Tribünen des Saales besetzt und kaum hatte der erste Redner der Volkspartei gesprochen, spritzten sie mit einem Hydranten große Wassermengen in den Saal und warfen Stühle usw. herunter. Das Publikum, von dem Damen und Herren verlegt und vor allem völlig durchnäht wurden, flüchtete schreiend ins Freie, wo sich die erregte Menge noch Stundenlang in heftigem Wortwechsel aufhielt.

Monfalcone, 4. Juni. (Eisenbahnunglück.) Bei der hiesigen Station stieß ein Personenzug, der von Triest kam, voller Wucht auf einen haltenden Zug, in dem sich eine Gruppe deutsch-österreichischer Heimkehrer befand. Mehrere Waggons wurden zertrümmert, vier Personen getötet, achtzehn schwer verletzt. Die Ursache des Zusammenstoßes war falsche Weichenstellung.

### Bermischtes.

(Die Uebersteigerung des amerikanischen Luxus) Es war vorausgesehen, daß die Baunen der Kriegsgewinne in Amerika, aus dem Lande der stärksten Kriegsgewinne, besonders üppige Formen annehmen wird. Darüber halten sich die Franzosen bereits auf. Im „Temps“ schreibt J. Gallier: „Der amerikanische Luxus [schreit] vor keiner Narztheit zurück. Eben lese ich einen Artikel von M. Thomson, daß Millionäre von drüben Diners mit 100 Gedecken haben, bei denen jedes Gedeck auf 50 Pfund Sterling zu stehen kam. Diners, bei denen man lebende Schwäne auf einem künstlichen See inmitten des Tischs schwimmen sah und eine Frau im Wadelostüm in einem Waffelvoll Rosenwasser auf und nieder stieg. Was man ihr wohl die Broden zu? — denn es ist doch schwer auszubedenken, daß sie während des Gastmahls aus dem Wasser herausgelommen wäre — sie hätte ja das Tischgeschick gemacht und die Festgenossen bespritzt. Diese Majade oder Uadine — welche eine Attraktion für die Jagden eines modernen Ausstattungsbüdels, für ein Diebesmahl des Trimalchio von Chicago!“

(Millionenschieber) Beamte aus Berliner Reichsstellen beteiligt. Großes Aufsehen erregte in Bochum die Aufdeckung von Millionenschiebern in Benzol, Benzin und Gummi, in denen große Schieber aus Bochum, Düsseldorf, Köln, Bonn, Hamburg Berlin usw. beteiligt sind. Bisher sind zehn Personen in Haft genommen worden. Es handelt sich um eine Schiebergesellschaft, die über den ganzen Westen verweigt war und schon seit langer Zeit große Mengen von Benzol, Benzin und Gummi, deren Wert sich in die Millionen beläuft, aus dem besetzten Gebiet in den rheinisch-westfälischen Industriebezirk verschoben haben. Nach der „Westfälischen Volkszeitung“ sind in die Sache auch leitende Beamte aus Berliner Reichsstellen verwickelt, mit deren Hilfe es den Schiebern gelang, ihre Machenschaften zum Schaden der Allgemeinheit zu betreiben und dabei für sich unerhörte Mengen einzustechen. Unter den Festgenommenen befinden sich nach genanntem Blatt der Direktor einer Berliner Benzingeseellschaft, ein Heeresstrafkommissar und leitende Beamte des Reichsverorgungsamtes, die unter Aufwendung erheblicher Bestechungsgelder mit falschen Begleit-Papieren gearbeitet haben. Das Hauptlager für die auf unlauterem Wege eingekraften Schiebergüter war in den Reichshölzer-Lageranlagen bei Düsseldorf, wo auch dann die Weiterbeförderung in weitverzweigte Kanäle erfolgte. Die gefälschten Papiere sollen in Einzelfällen bis zu 10 000 M. bezahlt worden sein. Aus großen Benzolauschüssen wurden Provisionen bis zu 1/10 Millionen Mark gewährt. Einer der Beteiligten hat sich von dem erzielten Gewinn ein Rittergut von 200 Morgen Größe kaufen können. Alle hatten bedeutende Guthaben bei den Banken. Angehörige des alten Beamtenstandes befinden sich unter den Verhafteten. Es handelt sich ausnahmslos um Leute die durch die Revolutionswirren an die Oberfläche gespült worden sind. So war der verhaftete Heeresstrafkommissar früher Kanonier, dann Direktor einer Kellamkapelle in Marineuniform. Nach der Revolution kaufte er dann als Heeresstrafkommissar das Reichsverwaltungsamt, ohne für dieses Amt irgendwelche Vorbildung zu besitzen.

(Er muß gehalten werden!) Meilan erzählt in seinen Memoiren: Robespierre lobte eines Tages einen gewissen Desfieux, der wegen seiner Unerschlichkeit bekannt war. „Aber Ihr Desfieux ist als Spitzhube bekannt“, hielt ihm Meilan vor. „Schadet nichts, er ist ein guter Patriot.“ „Aber er ist ein



betrügerischer Dankrottler! „Er ist ein guter Patriot.“ „Aber er ist ein Dieb!“ „Er ist ein guter Patriot!“ Weiter war nichts aus Robespierre herauszutreiben. Später mußte der Diktator den Spitzbühen dennoch fallen lassen.

\* (Chilensisches Heizpetroleum.) Petroleum zu Heizzwecken wird auf Grund eines von den Ingenieuren Francisco de Campo und Georg Westmann eingeführten neuen Verfahrens in dem Chilenschen Mineralgebiet von Bonquimay gewonnen. Es handelt sich dabei um bituminöse Schichten, deren Ölgehalt auf dem Wege der heißen Destillation in geschlossener Retorte gesammelt und sodann in Kondensatoren aus dem gasförmigen in den flüssigen Zustand übergeführt wird. Die hierzu verwendeten Sa-

gerungen sind nach Ansicht des Geologen Felsch so gut wie unerschöpflich.

**Carmol** tut wohl  
bei Rheuma, Hexenschuß, Kopf-, Hals-, Zahnschmerzen.  
Verlangen Sie i. d. Verkaufsstellen ausdrücklich Carmol. Können Sie unsere Präparate am Platze nicht erhalten, so wenden Sie sich, bitte, direkt an uns, wir veranlassen dann Nötiges  
Carmol-Fabrik, Rheinsberg, Mark (539)

Die „Gloria“-Versich.-Akt.-Ges. bringt als geistiges Eigentum der Firma Walter Strauß, Frankfurt a. M., durch diese eine neuartige Postpaket-Versicherung in den Verkehr, die zum Musterichuß in ihrer Aufmachung und Verwendung angemeldet ist. Diese Postpaket-Versicherung soll einem lang empfundenen Bedürfnis abhelfen und jedermann durch einfaches Aufkleben einer Marke Gelegenheit geben, Pakete je nach Wunsch, mit Mk 500.—, 1000.— und 2000.— zu versichern. Die Gebühren, die ein unwesentliches höher sind, als die Wertpaketversicherung bei der Post, ersparen dem Absender aber vor allem die umständliche Verfestigung, da die Pakete als ganz gewöhnliche Pakete verpackt werden. Außerdem ist der Gloria-Schutz viel weitgehender, wie der Post-Schutz, weil er auch Verluste durch höhere Gewalt (Feuer, Wasser, Eisenbahnzusammenstoß, Entgleisen etc.) deckt. Schließlich ersetzt die Gloria im Verlustfalle den tatsächlichen Versicherungswert und nicht nur wie die Post den gemeinen Handelswert des Inhalts. Irigendwelcher Aufwand an Zeit und Arbeit ist mit der Postpaket-Versicherung nicht verbunden.

# Das Handwerk und die Demokraten.

Jetzt vor den Wahlen drängen sich die Demokraten vor, um dem Handwerker zu zeigen, ein wie warmes Herz sie für sie haben. Demgegenüber macht

Schornsteinfegerobermeister M. Conradt (Breslau), Mitglied der Preussischen Landesversammlung, folgende Feststellungen:

„Haben die Handwerker tatsächlich allen Grund, der Demokratie dankbar zu sein? Nein, denn nicht der Initiative der Demokratie, sondern der Deutschnationalen Volkspartei ist es zu verdanken, daß überhaupt manches erreicht worden ist. Ja möchte zuzufügen, es ist noch recht wenig, und wir müssen weiter dahin streben, Verbesserungen eintreten zu lassen. Richtig ist, daß die Demokratie dem Mittelstand stets angeraten hat, sich mehr auf Selbsthilfebestrebungen zu stellen, hat es aber stets abgelehnt, diese Selbsthilfemaßnahmen durch Staatshilfe zu fördern, wie es früher die Konservativen, jetzt die Deutschnationale Volkspartei zum Segen des Mittelstandes, nicht immer mit dem gewünschten Erfolg, getan haben. Daß dieser ausblieb, ist der Gegenebeit der Freisinnigen bzw. heutigen Demokraten zu verdanken. Der Mittelstand muß aber unter allen Umständen diese Staatshilfe fordern, wenn er seinen Kampf gegen das in sich selbst und nicht in sich selbst befindliche Großkapital, ganz besonders gegen das internationale Großkapital, zu einem guten Ende führen will. Von keiner Seite ist der genossenschaftliche Gedanke mehr gepflegt worden, als von rechtsstehenden Kreisen. Das beweist der unter Leitung des deutschnationalen Mittelstandsleiters Hammer stehende Hauptverband deutscher gewerblicher Genossenschaften, dem 18. allein gegen 900 Handwerker-genossenschaften angehören. Eine der ersten Taten des demokratischen Ministers Fischbeck war es, diesem Verband die 30000 M Staatsunterstützung zu streichen, die von der früheren Regierung stets gegeben worden ist zur Förderung des gewerblichen Genossenschaftswesens jeder Art. Für wahr ein glänzender Beweis für die Handwerkerfreundlichkeit der Demokratie und ihrer Vertreter!

Wenn nun weiter zum Beweise der Handwerkerfreundlichkeit angeführt ist, daß man bewährte Handwerker im Parlament habe, so sei demgegenüber darauf hingewiesen, daß in keiner Partei so viel Vertreter von Handel und Gewerbe anzutreffen sind, wie in der Deutschnationalen Volkspartei. Ich nenne Malermeister Hammer, Buchdruckereibesitzer Malkewitz und Graef, Schlossermeister Hache, Bäckermeister Bienert, Kaufmann und Glasermeister Wetzlich, Handwerkskammerpräsident Budjahn, Metzger, Dr. Dolezych, Verleger Bruhn, Buchhändler Rippel, Kaufmann Fuchs u. a. m.

Dieser Hinweis dürfte genügen, um zu zeigen, wo die Interessen des Handwerks und Gewerbes am besten vertreten werden. Aber nicht die Personen allein kommen in Frage, sondern vor allen Dingen der Geist, welcher die einzelnen Parteien beherrscht, und wie die Wahrung der Rechte dieser Berufsstände zum Ausdruck gebracht wird. Daher ist es eine grobe Irreführung der öffentlichen Meinung, wenn man es von demokratischer Seite so hinzustellen versucht, als ob Artikel 164 der Reichsverfassung zwecks Sicherung des Mittelstandes auf die Initiative der Demokratie zurückzuführen wäre. Das Gegenteil ist richtig. Vor der Reichsverfassung wurde die württembergische Verfassung fertiggestellt, und dabei von den Deutschnationalen die Sicherung des Mittelstandes in der Verfassung verlangt. Die Demokraten stimmten in der ersten Lesung gegen diesen Antrag und brachten ihn dadurch zu Fall. Der ungeheure Sturm, der sich in allen Teilen des Handels und Gewerbes gegen einen derartigen Verrat an den Interessen des Bürgertums erhob, brachte die Demokraten wieder zur Besinnung, so daß sie ihren Widerspruch fallen ließen und später nicht gegen den deutschnationalen Antrag stimmten. Also nicht eigene Ueberzeugung war es, welche die Demokratie so handeln ließ, sondern die berechtigte Empörung weiter Mittelstandskreise brachte sie dazu, ihr Einverständnis zu der geforderten Sicherung zu geben. Gerade wie in Württemberg, waren es die Deutschnationalen, die auch in der Deutschen Nationalversammlung und in der Preussischen Landesversammlung

den Antrag auf Sicherung des erwerbstätigen Bürgertums einbrachten und im Reiche durchsetzten. In der Preussischen Landes-Versammlung steht bekanntlich die Entscheidung noch aus.

Gegen alle Sozialisierungsbestrebungen will sich die Demokratische Partei gestemmt haben! Daß ich nicht lache! Wer war es denn, der im Auftrage seiner Partei erklärte, daß die Demokratie trotz schwerer Bedenken § 2 des Sozialisierungsgesetzes annehme. Es war der Führer der Demokraten, Herr Pachnicke, der diese unverständliche, dem gesamten Bürgertum ins Gesicht schlagende Erklärung in der Nationalversammlung abgab. Nash diesem § 2 können vor allea Dingen sozialisiert bzw. kommunalisiert werden das gesamte Nahrungsmittelgewerbe, Kaulente, Bäcker, Fleischer usw., ebenso auch das gesamte Baugewerbe. Merkst du etwas, lieber Mittelständler?

Auch bezüglich der Vertretung von Handwerk und Einzelhandel im Reichswirtschaftsrat waren es in der Nationalversammlung wie in der Landesversammlung die Deutschnationalen, welche diesen Gedanken förderten und mit allem Nachdruck dafür eingetreten sind und weiter eintreten werden.

Diese Ausführungen werden hoffentlich dazu beitragen, so manchen Handwerker und Gewerbetreibenden zu veranlassen, sich nochmals eingehend zu prüfen, ob sie der Demokratischen Partei ihre Unterstützung angeheihen lassen wollen. Dem einsichtigen Mittelständler, der es mit sich und der Zukunft seiner Familie gut meint, dürfte das eine klar geworden sein: Nur durch überzeugte, tatkräftige Mitarbeit in der Deutschnationalen Volkspartei ist die Gewähr geboten für die restlose Wahrnehmung der Interessen von Handwerk und Gewerbe.

## Handwerker und Gewerbetreibende in Stadt und Land!

Tretet am 6. Juni einmütig ein für die Deutschnationale Liste und gebt Eure Stimme dem Vertreter Eures Standes

# Glasermeister Wetzlich-Dresden.

**Hotel Haufe**  
Mittelgasthof :: Großröhrsdorf.  
Morgen Sonntag, von nachm. 4 Uhr an  
starkes. Ballmusik.  
Hierzu laden freundlichst ein  
O. Jser und Frau.

**Obergasthof Lichtenberg.**  
Sonntag, den 6. Juni, von nachmitt. 6 Uhr an  
Gross. öffentlicher Ball (Damenwahl).  
Hierzu ladet freundlichst ein  
Mag Klare.

Glückwunschkarten  
Besuchskarten  
fertigen auf blendendweissem Elfenbeinkarton  
E. L. Försters Erben.

Zu dem am Sonntag, den 6. ds. Mts., nachm. 5 Uhr im Saale des Gasthofs zum Herrnhaus stattfindenden  
**Unterhaltungs-Abend**  
werden hiermit die Eltern, Lehrherren, Verbandsmitglieder, Freunde und Gönner der Jugendabteilung ganz ergebenst eingeladen.  
Kaufmännischer Jugendbund im Verband Deutscher Handlungsgehilfen zu Leipzig, Ortsgruppe Pulsnitz.  
Paul Schöne, Obmann.

**Gebrauchtes Herrenrad**  
mit Gummi zu verkaufen.  
Lichtenberg 81.

**Gebrauchte Bettstelle, Schrank, Tisch, Kommode, Koffer**  
zu verkaufen.  
Großröhrsdorfer Str. 62.  
2 Bruthennen zu verkaufen.  
Pulsnitz M. 6. 99.

**Gägespäne**  
hat abzugeben  
**Grasanzungen**  
verkauft;  
4 1/2 Scheffel Wiese  
im Afford zu hauen  
Baumeister Johne.

**Spulmaschine**  
zu verkaufen. Lichtenberg 131.  
Ein gebrauchter  
Neuwender  
zu verkaufen. Zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Bl.  
Pa. Haserstroh  
hat abzugeben  
Mag Schöne,  
Lichtenberg 48.

**Kurbad**  
Schillerstr. 213. Mit f. Warmbäder, elektr. Licht-Dampf-, Heißluft-, sowie sämtl. Kur- u. med. Bäder Massage. Tägl. geöffnet. Künstliche Höhenkur

An unfre Buch-Roman-Leser!  
Mit Ausgabe des ersten Heftes des jetzt erscheinenden Romans:  
„Das Land der Tränen“  
von Anny Wotho  
erhöht sich der Bezugspreis auf 50 Pfennig für das Heft. Wir bitten alle Leser, die durch die erschreckend gestiegenen Herstellungskosten bedingte Notwendigkeit dieser Erhöhung einsehen zu wollen und dem Buch-Roman nach wie vor die Treue zu bewahren. Zur Erlangung einer geschmackvollen Hausbibliothek bleibt der „Buch-Roman“ nach wie vor der  
billigste Weg.  
Freunde und Bekannte bitten wir auf den Buch-Roman aufmerksam zu machen. Probehefte sind durch unfre Austräger sowie in unserer Geschäftsstelle erhältlich.  
Pulsnitzer Wochenblatt.

**Roch's Sprachführer.**  
Deutsch, Französisch, Englisch, Italienisch, Spanisch, Holländisch, Dänisch, Norwegisch, Schwedisch, Böhmisch, Ungarisch, je 2,20 M. Portugiesisch, Polnisch, Russisch, Neugriechisch, Türkisch, Arabisch, Logo, je 3 M. Persisch, Suahili, je 4 M. Japanisch 5 M. Chinesisch 6 M. Sämtlich gebunden. Dieselben enthalten unter steter Berücksichtigung der Aussprache vielseitige Gespräche für Umgang, Geschäftsverkehr und Reise, kurzgefaßte Grammatik, Wörtersammlungen und Leseübungen.  
Dresden u. Leipzig. C. A. Roch's Verlag.



# In letzter Stunde!

Sonnabend, den 5. Juni, abends 1/9 Uhr

Im Saale des Schützenhauses zu Pulsnitz



# Große öffentl. Wahlversammlung!

Stadtrat Beck-Dresden, Reichstagskandidat spricht über: „Das Gebot der Stunde.“

Freie Aussprache.

Wähler und Wählerinnen, es gilt, der 6. Juni ist entscheidend für die Zukunft des deutschen Volkes

Deutsche demokratische Partei.  
Ortsgruppe Pulsnitz.

# In letzter Stunde!

Handwerker! Handel und Gewerbe!



Augen auf!

In einem vom Herrn Dr. Gebhardt, Syndikus der Gewerbetammer Zittau vom Kreisartell des selbstständigen Mittelstandes der sächs. Oberlausitz, an die Organisationen in Umlauf gesetzten Briefe heißt es:

Sehr geehrter Herr!

Wenn Sie die nachstehende Mitteilung auch vielleicht schon durch Zeitungsmeldung oder auf andere Weise erfahren haben, so möchte ich doch nicht verfehlen, Ihnen auch offiziell davon Nachricht zu geben, daß die **Aufstellung einer eigenen Kandidatenliste** für die in kurzem bevorstehende Reichstagswahl seitens des gewerblichen Mittelstandes leider nicht hat erfolgen können. Die Vorbereitungen waren schon sehr gut vorgeschritten und auch schon die Namen für die Liste genannt, als plötzlich in allerletzter Stunde der Herr, der an die Spitze der Liste gesetzt werden sollte, Herr Glasermeister und Kaufmann Wetzlich in Dresden, den Gedanken der eigenen politischen Betätigung des selbstständigen Mittelstandes schnöde verriet und sich als Dritter auf die Liste der Deutschnationalen Partei setzen ließ, obwohl er sich vorher energisch dagegen gestraubt hatte, von der 2. an die 3. Stelle jener Liste gesetzt zu werden. Durch den Unfall dieses Herrn Wetzlich hat der Gedanke und die gute Sache des Handwerks und Gewerbes für die kommende Reichstagswahl einen harten Stoß erlitten, der es unmöglich macht bei dieser Wahl selbstständig vorzugehen. Herr Wetzlich wird für seine Tat vom Handwerk und Gewerbe keinen Dank ernten.

Handwerker und Gewerbetreibende! Nach diesem wird es Euch klar werden, wem Ihr Eure Stimme zu geben habt! Wählt nicht die Liste der Deutschnationalen mit dem Namen Wetzlich! Wählt auch nicht die Heingezliste, es ist die Partei der Groß-Industrie und des Groß-Kapitals. Wählt alle die große Partei der Mitte! Gut deutsch und demokratisch!

Wählt alle die Liste

# Külz-Weber-Dehne-Leißner

# In letzter Stunde

Sonnabend, den 5. Juni, abends 1/9 Uhr.

# Große öffentl. Versammlung

Schreier's Rest. Lichtenberg.

Redner: Landwirt Mägel, Lichtenberg und Lehrer Dachsels, Kamenz.

Themen: **Demokratie und Landwirtschaft**  
**Das Gebot der Stunde.**

Freie Aussprache.

Hierzu werden alle Wähler und Wählerinnen von Lichtenberg, Kleinmännsdorf und Mittelbach eingeladen.

Deutsche demokratische Partei.  
Sekretariat Ostsachsen-Land.

Anlässlich unsrer **silbernen Hochzeit** sind uns zahlreiche Gratulationen und Geschenke dargebracht worden, wofür wir **herzlichst danken.**

Pulsnitz, am 3. Juni 1920.  
Töpfer Robert Großmann und Frau.

# 5. Militäre-Verein Pulsnitz.

Zur Beerdigung des verstorbenen Kameraden **Sorn** stellt der Verein mit Fahne **Sonntag**, den 6. Juni, nachmittags 240 im Bürgergarten.

Montag, den 7. Juni, abends 1/9 Uhr

Monatsversammlung im Schützenhaus.

Zahlreiches Erscheinen erwartet der Vorstand.

# Oliven-Öl

wieder eingetroffen.

L. Friedr. Jske.

# Kokos-Fett

(markenfrei),

Pfund nur Mk. 19,50

trifft nächste Woche in allen Verkaufsstellen ein.

Konsumverein Pulsnitz

# Drelljacken und Rinderblusen

empfiehlt

Paul Kühne, Oberlichtenau

Prima

Fahrrad-Bereifung, In- und Auslandsmaße zu herabgesetzten Preisen.

Einige guterhaltene Herren- und Damen-Fahrräder stehen zum Verkauf.

Sämtliche Fahrrad-Reparaturen werden sachmännlich, schnell und billig ausgeführt. Max Pflüke, Fahrrad-Handlung, Oberlichtenau.

Früher Wein im Topf zum Auspflanzen; blühend: Edelweiß Topf; starke Tabakpflanzen; Tomaten empfiehlt R. Kühner, Pulsnitz M. S.

# Stellen-Angebote

**Dienstmagd**  
Eine Dienstmagd 17 bis 18 Jahre alt, sucht für baldigen Eintritt  
Schmieder, Mittelbach.

**Kleinmagd**  
zum sofortigen Antritt gesucht  
Mag. Schöne, Richtenberg Nr. 48.

# Verloren

Schlüsselbund verloren. Gegen Belohnung abzugeben. Windmühle Oberkeina.

Leicht. Dandauer, Wisawitz u. Parkweg, 4 Federtafelwag., 15, 30, 60 Str. Tragfr. zu verk. Dresden-N., Rühnigasse 25, Krebschmar.

Gestern abend verschied nach kurzer, schwerer Krankheit unser lieber, treusorgender Gatte, Vater, Schwiegervater, Großvater, Bruder und Schwager, **der Maurer**

# Traugott Karl Göthe

im 77. Lebensjahre.

Pulsnitz M. S., Pulsnitz, den 5. Juni 1920.

Die tieftrauernden Hinterlassenen.

Die Beerdigung findet Montag nachmittags 1/4 Uhr vom Trauerhause aus statt.

Hierzu eine Beilage.

# Landwirte-Tierbesitzer

Die jetzigen Machthaber der Regierungen wollen ein neues Gesetz bestimmen und durchführen, daß du im Zwangswege alle deine Tiere jeder Art zu versichern hast, auch das Sächs. Wirtschaftsministerium trägt sich mit dem Plane und hat dieserhalb am Donnerstag, den 3. Juni, hierüber mit einigen Landwirten über die schon ausgearbeiteten Vorschritten Besprechungen gehalten. Eine mindestens 8-10% ige Prämienzahlung und die Hälfte des Gehaltes des Bezirks-tierarztes sollst du ausgehakt bekommen. Ein Zwangseingriff schlimmster Art, eine Verteuerung der Viehhaltung, eine folgenschwere Knebelung deines freien Willens, man will eine Mehreinteilung von Beamten.

Du hast hiergegen am

# 6. Juni noch eine Waffe in der Hand,

verteidige dich nach deutscher Art, tritt ein für die Partei, mit der sich der Bund der Landwirte in Sachsen in einer Stärke von annähernd 40 000 Stimmen seiner Mitglieder und wohl auch ebensoviel solcher seiner Familienangehöriger angeschlossen hat.

Es ist nur die

# Deutschnation. Volkspartei

die einzig und allein deine Interessen vertreten wird, dafür bürgt die Liste

# Reichert-Domsch-Wetzlich

Liebe Berufskollegen, darum nur mit dieser Partei am 6. Juni unser Sein und Bestehen mitbestimmen.

Der stellverr. Bezirksdelegierte.  
B. Hantsche.

Für die uns anlässlich unsrer

# Vermählung

zugegangenen Glückwünsche und Geschenke danken wir allen hierdurch herzlichst.

Lichtenberg, Richard Haase und Frau Olga geb. Schramm.  
im Mai 1920.

Für die uns anlässlich unserer Vermählung in so reichem Maße dargebrachten Glückwünsche und Geschenke sagen wir hiermit allen unseren

# herzlichsten Dank.

Niederlichtenau, den 30. Mai 1920.  
Bruno Kummer und Frau Elsa geb. Gräbe.

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke zu unserer Hochzeit und zum Einzuge

# danken herzlichst

Paul Reppe und Frau Elfriede Friedersdorf, geb. Martin.  
am 5. Juni 1920.

# Herzlichen Dank

allen Bewohnern von Stadt und Land für die reichlichen Geldspenden und Gaben anlässlich des

# Blumentages in Pulsnitz

zum Besten bedürftiger Oberschlesier zur Volksabstimmung.

Dank auch dem Radfahrer-Klub »Phönix« und dem Turnverein »Turnerbund« für die schönen Darbietungen, sowie auch den geehrten jungen Damen für ihre Bereitwilligkeit zum Verkauf der Blumen.

# Allen, allen herzlichen Dank!

Verein der heimattrauen Grenz- und Auslands-Deutschen.

Ortsgruppe Radeberg.



# Pulsnitzer Wochenblatt

Sonnabend, 5. Juni 1920.

Beilage zu Nr. 83.

-72. Jahrgang.

## Ämtlicher Teil.

Zur Unterdrückung der weiter um sich greifenden Maul- und Klauenseuche werden die verschärften Maßregeln gegen diese Seuche (§ 45 der Ausführungsverordnung vom 7. April 1912 — G. B. Bl. S. 56 —), soweit sie nicht schon durch die Verordnungen vom 18. Dezember 1919 (Sächsische Staatszeitung Nr. 293) und vom 25. Mai 1920 (Sächsische Staatszeitung Nr. 117) in Wirksamkeit getreten sind, mit der Verkündung dieser Verordnung in Kraft gesetzt.

Ueber Einzelheiten der hiernach zu beobachtenden Vorschriften geben die Ortspolizeibehörden und die Bezirksärzte Auskunft.

Dresden, am 2. Juni 1920.

Wirtschaftsministerium.

### Diejenigen Besitzer, Verpächter und Pächter von Feldern,

welche über 200 qm Fläche bewirtschaften und der Aufforderung des Stadtrates vom 2. Juni 1920,

betr. Getreide und Kartoffelagenerhebung 1920, noch nicht nachgekommen sind, werden hierdurch letztmalig aufgefordert, sich zur Vermeidung ihrer Bestrafung Montag, den 7. Juni 1920, vormittags 8—9 Uhr im Rathaus 1 Treppe, Sitzungsaal, einzufinden.

Pulsnitz, am 5. Juni 1920.

Der Rat der Stadt.

Gegen Vorlegung des städtischen Brotkartenausweises erhalten die Kartoffelverbraucher der Stadt Pulsnitz pro Kopf

### 10 Pfund Speisekartoffeln.

Diese Kartoffeln sind am Montag, dem 7. Juni 1920, bei den hiesigen Kartoffelverkaufsstellen abzuholen. Der Preis dieser Kartoffeln beträgt 25 Pfg. das Pfund.

Pulsnitz, am 5. Juni 1920.

Der Rat der Stadt.

# Die Pulsnitzer Bank

E. G. m. b. H.

zu Pulsnitz, Langestr. 33

empfiehlt sich zur Entgegennahme von **Bareinlagen zur Verzinsung**

mit 3 1/2 % bei täglicher Verfügung,

mit 4 1/4 % bei befristeter Kündigung,

ferner zur **Eröffnung von provisionsfreien Scheck-Konten** unter **kostenloser Ueberlassung von Scheck-Heften**, sowie zur gewissenhaftesten und kulantesten Ausführung **sämtlicher ins Bankfach einschlagender Geschäfte.** o o o o o o

## Der Verband Sächsischer Industrieller zur Lage.

SZ. Der Gesamtvorstand des Verbandes Sächsischer Industrieller äußert sich zur gegenwärtigen Wirtschaftslage wie folgt: Der Verband Sächsischer Industrieller hat schon wiederholt auf den Ernst der wirtschaftlichen Lage hingewiesen und vorausgelagt, welche ersten Krisen das deutsche Wirtschaftsleben noch zu überwinden haben wird. Die ersten Anzeichen beginnen sich jetzt schon bemerkbar zu machen. Die sächsische Industrie ist durch die gegenwärtige, plötzlich eingetretene Stoßung des Absatzes im In- und Auslande in eine schwierige Lage geraten. Auslandsaufträge gehen schon seit längerer Zeit in den meisten Zweigen nicht mehr ein, bestehende werden annulliert, weil die für Exportwaren geforderten Preise dem Auslande keinen Anreiz mehr zum Kaufe deutscher Waren bieten. Die Belastung des Exportes mit Abgaben verschiedener Art und die Erschwerung der Ausfuhr durch ein umständliches Kontrollsystem haben die Wettbewerbssfähigkeit der sächsischen Industrie in der Ausfuhr entweder bereits unmöglich gemacht, oder drohen es zu tun. Die neuerdings verbreitete Meinung, daß infolge des Stieges der Valuta für alle Waren die Preise stark zurückgehen und sich dann auf niedrigem Niveau halten werden, muß unter den gegenwärtigen Verhältnissen als zu optimistisch bezeichnet werden, denn die in allen Industriezweigen nachfolgenden Herstellungskosten verhindern ein dauerndes Herabgehen der Warenpreise. Die aus den Kreisen der Mitglieder des Verbandes vorliegenden fachkundigen Äußerungen

verneinen daher die Frage, daß die jetzt vielfach notgedrungen erfolgten Herabsetzungen der Preise dauernde Geltung behalten können, solange keine Sicherheit für eine erhebliche Verminderung der Ausgaben für Rohstoffe, Hilfsmaterialien, Löhne und Gehälter und der die Industrie belastenden Steuern anderer Art (Fracht, Eisenbahn, Post- usw. Steuern, der Steuerbelastung usw.) besteht. Dafür sind nach den dem Verband vorliegenden Unterlagen folgende Gründe zu nennen: Entweder nur geringe oder überhaupt keine Ausschichten vorhanden. Angesichts der bedenklichen Folgen, die eine längere Dauer der geschäftlichen Stockung nach sich ziehen muß, und namentlich auch wegen der drohenden Arbeitslosigkeit fordert der Verband Sächsischer Industrieller die sofortige Suspendierung der Verordnung vom 10. Mai d. J., welche die Industrie mit einem System von Abgaben belastet, die im gegenwärtigen Augenblick überhaupt nicht getragen werden können, da der Export schon vor Erlass der Verordnung ganz bedeutend zurückgegangen war und täglich weiter zurückgeht. Auch sind sofort Maßnahmen zu treffen, welche die leider noch immer bestehenden Hindernisse bei der schnellen Anknüpfung und Erledigung der Ausfuhrgeschäfte schleunigst beseitigen. Der Export muß von allen Belastungen dieser Art nach jeder Möglichkeit befreit werden.

Der Verband hält aber weiter für sehr bedenklich, wenn amtliche Stellen durch angeblich uninteressierte Ankündigungen in der Presse die Käufer zur Zurückhaltung aufzufordern und dadurch in den Glauben versetzen, daß der Zeitpunkt des allgemeinen Abbaues der Preise aller Waren nun-

mehr eingetreten sei. Man sollte an diesen Stellen wissen, daß der wichtigste Grund für das exorbitante Steigen der Preise in Deutschland in der Papiergeldwirtschaft zu suchen ist, die nun schon jahrelang in immer steigendem Umfang den Bestand der Wirtschaft gefährdet, und daß der für die gesamte Volkswirtschaft, nicht zum letzten auch für den Wiederaufbau der Industrie, notwendige anhaltende Preisabbau erst nach Beseitigung dieser Papiergeldwirtschaft durch Erhöhung der Produktivität der deutschen Volkswirtschaft erfolgen kann. Es gibt keinen anderen Weg zu einem wirtschaftlich gesunden Aufbau der Preise. Hierfür ist aber die Rückkehr zu einer gesunden Wirtschaftspolitik nötig. Unter der heutigen zwangsläufigen Organisation der Wirtschaft fehlen die Voraussetzungen für die Herbeiführung dieser Produktivität und für eine natürliche Preisbildung.

## Vertikale und sächsische Angelegenheiten.

**Pulsnitz.** Mit wenig Geld weit in die Welt!  
Im Schnapsack kräftig schwarzes Brot,  
am Quell ein Trunk — mehr ist nicht not  
Auf eignen Füßen gehn und stehen.  
Mit blanken Augen sehn und spähen,  
was der Herrgott schafft in seiner Kraft.  
Glückauf zu solcher Wanderschaft!  
(Wagner Wanderspruch.)  
Seit Jahren schon wandern in Dresden, Bautzen,

## Grifeldis.

43) Roman von H. Courths-Mahler.

Das mußte Grifeldis gelten lassen. Sie verlor aber deshalb keine Zeit. Ihre Tage waren bis zum Rande gefüllt mit all dem Neuen und Ungekannten, was sie selbst erst einmal verarbeiten mußte. Und Silba nahm ihre Zeit und Aufmerksamkeit auch so unbedingt in Anspruch.

Frühmorgens um acht Uhr wurde das Frühstück gemeinsam eingenommen. Vorher war Grifeldis schon zugegen, wenn Silba von ihrer Wärterin gebadet und angekleidet wurde. Sie beteiligte sich halb scherzend und munter bei Silbas Ankleiden, und wußte ihr das zu einem wahren Vergnügen zu machen. Es gab dabei ein Lachen und Jubeln, daß Graf Harro oft genug laufend stehen blieb und diesem frohen Lärm zuhörte.

Nach dem Frühstück ging Grifeldis mit Silba ins Freie, auch bei schlechtem Wetter. Nur wurden bei gutem Wetter die Spaziergänge weiter ausgedehnt. Manchmal schloß sich diesen Spaziergängen auch Graf Harro an.

Ins Schloß zurückgekehrt, wurde meist ein Streifzug durch dieses unternommen. Grifeldis brauchte lange, um alle Räume zu sehen und sich im ganzen Schloß zurechtzufinden.

Dann spielte sie mit Silba in deren Zimmer. Da wurden die herrlichsten Puppenspiele unternommen und dabei köstliche Märchen gesponnen. Grifeldis wußte diesen Spielen immer neue, interessante Wendungen zu geben. Kurz vor Tisch ging es dann ins Turzimmer, wo Grifeldis mit Silba gymnastische Übungen machte. Bei schönem Wetter fanden diese auch im Garten statt. In diesen Übungen freute sich Grifeldis nicht minder als Silba. Und dabei wurde auch viel gelacht und gescherzt.

Hierauf wurde Toilette gemacht für die Mittagstafel. Diese fand pünktlich um zwei Uhr statt. Nach der Tafel mußte Silba ein Stündchen schlafen.

Da ließ es sich Grifeldis halb nicht mehr nehmen, Silba selbst anzukleiden und niederzuliegen. Früher hatte das Komteß Beate getan, denn um diese Zeit

pflegte Silbas Wärterin Henriette zu schlafen, weil diese die Nacht als Wache für das Komteßchen in einem Lehnstuhl zubrachte.

Silba wollte sich nicht mehr von Beate ankleiden lassen. Diese mußte Grifeldis auch hier das Feld räumen.

„Beate hat so harte Hände und fast so fest zu. Deine Hände sind so lind und weich, Grifeldis, ich lasse mich gern von dir freizeichnen, aber von Beate nicht“, sagte Silba einmal.

Komteß Beate hatte es scheinbar ruhig gelassen, daß sie vor Grifeldis verdrängt wurde. Aber sie schrieb auch das auf das Konto der jungen Erzieherin, die sie von Tag zu Tag mehr haßte.

In der Zeit, da Silba ihre Mittagsruhe hielt, war Grifeldis frei. Diese Zeit gehörte ihr allein.

Wenn das Komteßchen aber erwachte, rief es schon wieder nach ihrer Grifeldis. Und dann wurde es unter Lachen und Rosen wieder angekleidet.

Dann lauschte Graf Harro wieder auf die beiden jungen warmen Stimmen, die wie froheste Lebensbejahung zu ihm herüberklangen. Und er wußte nicht, was ihn mehr entzückte, das tiefe, warmklingende Lachen der jungen Erzieherin oder das helle Jubeln seines Töchterchens. Dann kam es wohl vor, daß es ihn in seinem Zimmer nicht hielt, und daß er schnell einmal hinüberlief, um diesen Frohsinn in der Nähe zu genießen. Grifeldis blieb dann auch ganz unbeschäftigt fröhlich und tollte mit herum, als sei sie selbst noch ein Kind. Sah sie dann auf des Grafen Anblick ein schwaches Lächeln, war sie glücklich für den ganzen Tag.

War Silbas Toilette fertig, ging es wieder eine Stunde ins Freie. Dann wurde der Tee genommen und danach wieder gespielt bis sieben Uhr. Da erhielt Silba ihre Abendmahlzeit. An der Abendtafel nahm sie nicht teil. Sie erhielt abends nur ein Glas Milch oder eine leichte Suppe und ein weichgekochtes Ei. Auch dabei durfte Grifeldis nicht fehlen, und wenn Silba dann von Henriette zu Bett gebracht wurde, mußte Grifeldis unbedingt noch mit Silba beten und ein Weichen an ihrem Bett sitzen und ihr eines ihrer reizenden, oft selbst erfundenen Märchen erzählen.

Dabei schloß sie dann ein, Grifeldis Hand in der ihren haltend.

Nun hatte Grifeldis endlich Ruhe und durfte auch an sich denken. Aber es war ihr nichts zu viel und nichts zu schwer, denn sie liebte das Kind, und es machte ihr Freude, ihm alles zu sein.

Bei der Abendtafel, an der Silba fehlte, ging es dann meist sehr viel stiller zu als bei den Mahlzeiten, an denen sie mit teilnahm. Zuweilen fehlte dann auch Graf Harro, wenn er zu arbeiten hatte oder in besonders düsterer Stimmung war. Dann saßen sich Grifeldis und Komteß Beate meist stumm gegenüber.

Diese einsamen Mahlzeiten mit der Komteß waren Grifeldis eine Qual. Sie fühlte dann, wie die schwarzen, unheimlich fadernden Augen unablässig an ihrem Gesicht hingen. Es waren wilde und böse Wünsche, die dann aus Komteß Beates Seele emporstiegen, vor denen sie zuweilen selbst schauernd die Augen schloß.

Dies Schweigen war ihr furchtbar. Nieder war es ihr noch, wenn die Komteß ihrem Empfinden in einigen feindlichen Ausfällen gegen sie Luft machte. Zum Glück kam es nicht oft vor, daß Graf Harro an der Abendtafel fehlte. War er auch meist still und in sich gekehrt, so genügte doch schon seine Gegenwart, um Grifeldis glücklich und froh zu machen.

Gleich nach dem Abendessen zog er sich aber meist zurück, und dann ging auch Grifeldis auf ihr Zimmer und gehörte sich nun selbst an.

Sie schrieb dann Briefe, an Tante Agnes, Mutter Anna und an alte Freunde aus ihrem früheren Leben. Auch an Tilly von Sarnow sandte sie einen ausführlichen Bericht über ihre neue Stellung. Auch las sie dann gern ein gutes Buch. Die Schloßbibliothek war sehr reichhaltig. Da auch Graf Harro viel las, waren stets die neuesten Werke der schönen Literatur vorhanden. Er hatte Grifeldis gesagt, sie möge sich Bücher entnehmen, so viel sie wollte. Daß er mit großem Interesse verfolgte, welche Bücher sie aus der Bibliothek holte, ahnte sie nicht.

Fortsetzung folgt.





Zittau und anderen Städten während der Ferien Volksschüler mit ihren Lehrern in die nähere und weitere Umgebung ihrer Heimat. Mädchen und Knaben reisen teils gemeinsam, teils getrennt, vielfach auch in mehrtägigen Wanderfahrten. Der wohlthätige Einfluss dieser Ferienwanderungen auf Körper und Geist ist nicht hoch genug einzuschätzen. Die Jugend lernt die Natur mit offenen Augen betrachten und wer von echter Wanderlust befeelt ist, der meidet auch nach der Schulentlassung Kino und Tanzsaal. Wenn also die Gesundung unserer Jugend am Herzen liegt, den bitten wir um tatkräftige Unterstützung. Denn auch die Pulsnitzer Jugend soll in den Ferien die Vorteile des Wanderns genießen. Während der Pfingstferien wurde ein Versuch gemacht. Fräulein Bauer besuchte mit 30 Mädchen der Oberklasse das Seifersdorfer Tal, Herr Winkelmann mit der zweiten Klasse die Deutschbaseltzer Teiche und 18 Knaben unternahmen unter Führung der Herren Schubert, Grundmann und Franze eine zweitägige Wanderfahrt nach Baugen. Der Versuch, besonders auch der letztere kann als vollständig gelungen betrachtet werden und ermutigt zur Fortsetzung der Ferienwanderungen in den großen Ferien. Um möglichst allen Schülern die Teilnahme an den Wanderungen zu ermöglichen, zur Beschaffung von Lebensmitteln, da die Mahlzeiten bei den jetzigen Verhältnissen gemeinsam besorgt und möglichst selbst zubereitet werden sollen und zur Ausgestaltung des Pulsnitzer Wanderheims bedarf es jedoch noch wohlwollender, finanzieller Unterstützung. Hoffentlich finden sich wie anderwärts auch in der Stadt Pulsnitz Freunde der Jugend, die für den edlen Zweck die Hand offen halten. Auch kleine Gaben sind willkommen. Geldspenden erbiten wir an Herrn Fabrikbesitzer A. Köstle. Wer durch eine Besichtigung des Pulsnitzer Uebernachtungsheims sein Interesse befunden will wende sich an Herrn Franze. Fr.

— Wann erfährt man die Ergebnisse der Reichstagswahlen? Die Ergebnisse der Reichstagswahlen sollen so schnell als möglich bekannt werden. Die Wahlvorsteher sind angewiesen, die Meldung über das vorläufige Ergebnis auf schnellstem Wege abzuschicken. In größeren Gemeinden mit mehreren Wahlbezirken werden sie erst gesammelt. Die Telegramme sollen möglichst noch am Abend des Wahltages, spätestens am 7. Juni, nachmittags 4 Uhr, abgesandt werden. Die Kreiswahlleiter schicken dem Reichswahlleiter zwei Telegramme. Das vorläufige Ergebnis soll spätestens im Laufe des 8. Juni bis abends 8 Uhr gemeldet werden. Sofort nach der endgültigen amtlichen Ermittlung folgt das zweite Telegramm. Die Post- und Telegraphenanstalten sind angewiesen, alle Wahltelegramme und Ferngespräche mit größter Beschleunigung zu behandeln. Ueberall ist für ausreichende Arbeitskräfte zu sorgen. Alle beteiligten Telegraphen- und Fernsprechanstalten müssen am Tage der Wahl und der Ermittlung des Wahlergebnisses so lange im Dienst bleiben, bis der Verkehr erledigt ist. Die Briefwahl, die schon 1919 angewendet wurde, nimmt aber immerhin, wie von damals noch erinnerlich sein wird, ohnehin schon längere Zeit zur Berechnung des Resultates in Anspruch, wie die frühere Einzelwahl, und diesmal kommen nun noch die Wahlkreisverbandlisten und die Reichslisten hinzu, für welche der Ueberschuss der Stimmen aus den einzelnen Wahlkreisen, in welchen auf je 60 000 Stimmen ein Abgeordneter entsfällt, angerechnet wird. Die abgegebenen Stimmen sollen diesmal soviel als möglich zur Geltung gebracht werden. Daher mögen sich aber auch die Wähler merken, daß es auf jede einzelne Stimme ankommt, denn jede einzelne Stimme kann bei den Wahlkreisverbänden und Reichslisten buchstäblich „Wunder wirken!“

— (Reichsbanknoten zu 50 Mark vom 20. Oktober 1918) haben auf Grund der Verordnung vom 4. August 1919 (R. G. Bl. S. 1366) ihre Eigenschaft als gesetzliches Zahlungsmittel bereits seit 10. September v. J. verloren; sie werden nur noch bis zum 10. September d. J. von der Reichsbank eingelöst, für die mit diesem Zeitpunkt jede Einlösungspflicht endet. Die Besitzer solcher Noten werden in ihrem eigenen Interesse erneut an deren rechtzeitige Ablieferung erinnert. Um Irrtümer zu vermeiden, wird darauf hingewiesen, daß es sich hierbei nur um die Reichsbanknote vom 20. 10. 1918 mit der dunklen quadratischen Umrandung auf der Vorderseite, nicht aber auch um die 50 Marknote vom 30. November 1918 handelt.

— (Marken höherer Werte in Rollenform) Bei der Ausführung der neuen Marken werden die Markwerte bis 4 Mark einschließlich in den Größenabmessungen der jetzigen Pfennigwerte und auch in Rollenform hergestellt werden, sodas sie zur Verwendung bei den jetzt gebräuchlichen Portokontroll- und Frankiermaschinen ohne weiteres geeignet sind.

— (Empfang der Generale der Reichswehr beim Reichspräsidenten und beim Reichswehrminister.) Im Hinblick auf den Ernst der Zeit und die augenblicklich bevorstehenden möglichen Aufgaben hatte der Reichswehrminister am 3. Juni die sämtlichen Generale der Reichswehr aus allen deutschen Gauen zu gemeinsamer gründlicher Aussprache über alle schwebenden Fragen im Reichswehrministerium versammelt. Der Versammlung wohnte auch Reichspräsident Ebert bei. Der Reichswehrminister Dr. Geßler betonte in einer Ansprache an die versammelten Generale, daß die Putschgefahr wieder die Frage der Reichswehr in den Mittelpunkt aller Erwägungen gestellt habe, und liege vor allen Dingen der Regierung daran zu wissen, daß in Zukunft von der gesamten Reichswehr der Schutz der Verfassung verbürgt werde. Dazu sei innere Geslossenheit und feste Führung zwischen den Führern und Truppen ein Hauptfordernis. Auch könne niemand ein öffentliches Amt bekleiden, der nicht bereit sei, unter allen Umständen dem Staate gegenüber die übernommene Pflicht zu erfüllen. Dies müsse besonders von den militärischen Führern verlangt werden. Auch sehe der Reichswehrminister seine Hauptaufgabe darin, dahin zu wirken, daß die Reichswehr im deutschen Volke nicht als Fremdkörper empfunden werde. Auch der wirtschaftlichen Unsicherheit in Bezug auf die Reichswehr müsse ein Ende gemacht werden. Diese Unsicherheit könne aber bei den einzelnen Truppen nicht eher gehoben werden, bis wir wüßten, ob wir noch ein Heer von 200 000 Mann behalten würden. Darüber solle in Spa entschieden werden. Damit es aber zu den Verhandlungen in Spa komme, müßte in Deutschland die Ruhe und Ordnung aufrecht erhalten werden. Nach der Versicherung des Reichskanzlers würde nach den Reichstagswahlen unter allen Umständen eine verfassungsmäßige Regierung gebildet werden. Auch sei darauf aufmerksam zu machen, daß nach der Verfassung der Reichspräsident die oberste Kommandogewalt über alle Truppen habe. Wer sich gegen die Befehle des Reichspräsidenten weide, der verstoße unter allen Umständen gegen die Verfassung. Der Reichspräsident Ebert ergriß darauf das Wort und schilderte die Schwierigkeiten der gegenwärtigen Lage Deutschlands, und wies darauf hin, daß nur die zusammenfassende Arbeit aller Volkskraft auf dem Boden der Verfassung und der Gesetze zu einer besseren Zukunft führen kann. Als Vertreter der versammelten Generale richtete der Chef der Herresleitung General von Seelt an den Reichspräsidenten eine Ansprache, in der er u. a. sagte: Unser aller gewichtiges Ziel ist klar: Es ist die Gesundung und Wiederherstellung unseres Vaterlandes, wozu uns Ordnung und Arbeit führen müssen. Wir alle sind der festen Ueberzeugung, daß hierfür der Staat einer festen disziplinierten Wehrmacht bedarf. Wir bedürfen für unsere Arbeit des Vertrauens und des Verständnisses weiter Kreise des gesamten Volkes, als diesen Vertretung und die Regierung und an ihrer Spitze Sie, Herr

Präsident, gelten. Wenn wir um dieses Vertrauen bitten, so geben wir dafür als Pfand die Versicherung unserer entschlossenen Treue zu der beschworenen Verpflichtung auf Gesetz und Verfassung. Hierauf ergriß der Reichspräsident nochmals das Wort. Nachdem es dem Generale von Seelt für seine Worte gedankt hatte, fuhr er u. a. fort: Eine unbedingt verfassungstreue, gut disziplinierte, von pflichtgetreuen Offizieren geführte Truppe ist in den Zeiten der Gärung und Entwicklung notwendiger denn je. Die Organisation dieses Heeres ist geschaffen, und sie nun noch ganz zu erfüllen mit dem Geiste der Treue zur Verfassung und zum Volksganzen, dem Gefühle der Verantwortung für Recht und Gesetz und dem Gedanken selbstloser Hingabe für das Vaterland und dessen Zukunft, ist eine Aufgabe, die in Ihren und der übrigen Führer Händen ruht.

— (Der bevorstehende Rücktritt der Regierung.) Wie unser Berliner Vertreter erzählt, ist der kurz nach den Wahlen bevorstehende Rücktritt der Reichsregierung besonders auf politische Gründe zurückzuführen, da das jetzige Kabinett von vornherein nur als ein Uebergangskabinet in Aussicht genommen war. Selbst wenn die jetzigen Regierungsparteien eine schwache Majorität erringen würden, wäre an eine Rückkehr der jetzigen Koalition nicht mehr zu denken. Innerhalb der Koalitionsparteien ist eine starke Verstimmung eingetreten. Besonders die Sozialdemokratie, so wird wenigstens in politischen Kreisen behauptet, soll keine Stelle mehr zur Teilnahme an einer Regierungskoalition mit den bürgerlichen Parteien besitzen und daher den Wunsch hegen, durch einen Uebergang zur Opposition wieder die schwebenden Kräfte der Partei zu sammeln. Die Demokraten sind noch immer bereit, an der Regierungsbildung teilzunehmen, aber sie haben ernsthafte Bedenken, dies bei einer vorherrschenden Stellung der Rechtsparteien zu tun.

— (Frankreichs Sorge um den Obersten Rat.) In Pariser politischen Kreisen glaubt man nicht an die Richtigkeit der Londoner Meldungen, daß Lloyd George England persönlich im Verwaltungsrat des Völkerbundes vertreten werde. Das würde gleichbedeutend mit dem Ausschluß des Obersten Rates sein. Man betont, daß Lloyd George auf das Ersuchen Millerands hin den Plan ausgegeben hat, die Konferenz in Spa durch das Sekretariat des Völkerbundes vorbereiten zu lassen und daß Frankreich die Durchführung des Versajiller Vertrages einem Rate übertragen kann, der sich aus den Vertretern der 8 Mächte mit dem englischen Ministerpräsidenten an der Spitze zusammensetzt. Lloyd George würde in diesem Falle die Stellung eines „Weltkanzlers“ einnehmen. Man sieht in Paris mit Spannung dem Ergebnis der Londoner Konferenz mit Krassin entgegen und findet einen Trost darin, daß auch Italien bei den Verhandlungen nicht vertreten ist.

### Politische Rundschau.

#### Deutsches Reich.

— (Empfang der Generale der Reichswehr beim Reichspräsidenten und beim Reichswehrminister.) Im Hinblick auf den Ernst der Zeit und die augenblicklich bevorstehenden möglichen Aufgaben hatte der Reichswehrminister am 3. Juni die sämtlichen Generale der Reichswehr aus allen deutschen Gauen zu gemeinsamer gründlicher Aussprache über alle schwebenden Fragen im Reichswehrministerium versammelt. Der Versammlung wohnte auch Reichspräsident Ebert bei. Der Reichswehrminister Dr. Geßler betonte in einer Ansprache an die versammelten Generale, daß die Putschgefahr wieder die Frage der Reichswehr in den Mittelpunkt aller Erwägungen gestellt habe, und liege vor allen Dingen der Regierung daran zu wissen, daß in Zukunft von der gesamten Reichswehr der Schutz der Verfassung verbürgt werde. Dazu sei innere Geslossenheit und feste Führung zwischen den Führern und Truppen ein Hauptfordernis. Auch könne niemand ein öffentliches Amt bekleiden, der nicht bereit sei, unter allen Umständen dem Staate gegenüber die übernommene Pflicht zu erfüllen. Dies müsse besonders von den militärischen Führern verlangt werden. Auch sehe der Reichswehrminister seine Hauptaufgabe darin, dahin zu wirken, daß die Reichswehr im deutschen Volke nicht als Fremdkörper empfunden werde. Auch der wirtschaftlichen Unsicherheit in Bezug auf die Reichswehr müsse ein Ende gemacht werden. Diese Unsicherheit könne aber bei den einzelnen Truppen nicht eher gehoben werden, bis wir wüßten, ob wir noch ein Heer von 200 000 Mann behalten würden. Darüber solle in Spa entschieden werden. Damit es aber zu den Verhandlungen in Spa komme, müßte in Deutschland die Ruhe und Ordnung aufrecht erhalten werden. Nach der Versicherung des Reichskanzlers würde nach den Reichstagswahlen unter allen Umständen eine verfassungsmäßige Regierung gebildet werden. Auch sei darauf aufmerksam zu machen, daß nach der Verfassung der Reichspräsident die oberste Kommandogewalt über alle Truppen habe. Wer sich gegen die Befehle des Reichspräsidenten weide, der verstoße unter allen Umständen gegen die Verfassung. Der Reichspräsident Ebert ergriß darauf das Wort und schilderte die Schwierigkeiten der gegenwärtigen Lage Deutschlands, und wies darauf hin, daß nur die zusammenfassende Arbeit aller Volkskraft auf dem Boden der Verfassung und der Gesetze zu einer besseren Zukunft führen kann. Als Vertreter der versammelten Generale richtete der Chef der Herresleitung General von Seelt an den Reichspräsidenten eine Ansprache, in der er u. a. sagte: Unser aller gewichtiges Ziel ist klar: Es ist die Gesundung und Wiederherstellung unseres Vaterlandes, wozu uns Ordnung und Arbeit führen müssen. Wir alle sind der festen Ueberzeugung, daß hierfür der Staat einer festen disziplinierten Wehrmacht bedarf. Wir bedürfen für unsere Arbeit des Vertrauens und des Verständnisses weiter Kreise des gesamten Volkes, als diesen Vertretung und die Regierung und an ihrer Spitze Sie, Herr

### Aus aller Welt.

Magdeburg, 3. Juni. (Die Zuckerrüben-ernte bedroht) Durch den in der Magdeburger Börde ausgebrochenen Streik der Banarbeiter erscheint besonders die Zuckerrüben-ernte bedroht. Selbige es nicht, den Streik schleunigst seinem Ende zuzuführen, so wird eine Reihe von Zuckerrübenfabriken in der Magdeburger Börde die für den Herbst geplante Zuckerverzeugung nicht aufnehmen können.

Carnowitz, 3. Juni. (Die französische Besatzung) Mittwoch mittag gegen 2 Uhr kam ein französischer Hauptmann und zwei französische Soldaten auf den Bahnhof zum Zug nach Buthen. Während der Hauptmann in einem Abteil 2. Klasse Platz nahm, bestiegen die Soldaten das für den Schaffner reservierte Dienstabteil. Der Schaffner forderte die beiden Soldaten auf, das Abteil zu verlassen. Einer der beiden Soldaten leistete Folge; der andere blieb und fing mit dem Schaffner einen Streit an, stieß den Schaffner vor die Brust und bedrohte ihn mit der Waffe. Der französische Hauptmann kam herbei und entriß ihm die Waffe. Die sich sammelnden Zivilisten griffen ein, rissen den Franzosen aus dem Abteil und verprügelten ihn. Sicherheitspolizei kam zu Hilfe und schützte ihn vor weiteren Angriffen.

Als zeitgemäß ersten und vornehmsten Lesestoff empfehlen wir unsern Buch-Roman

Empfehle mein reichhaltiges Lager in nur prima Ware  
**Fahrräder** in allen Ausführungen, neu und gebraucht  
**Nähmaschinen** bewährte Fabrikate  
Butter-, Wasch- u. Wringmaschinen, Centrifugen in allen gangbaren Größen, **Fahrrad-Gummi** .. Zubehör u. Ersatzteile für sämtliche Fabrikate.  
Wringmaschinen - Walzen in allen Größen, Elektrische Artikel: Taschenlampen u. dergl.  
**Zur Erntezeit** schon jetzt auf Lager zu billigsten Preisen:  
Senfen, Sichel von großer Schnitfähigkeit, Senfenringe, Wehsteine und dergl.  
Ausführung sämtl. Reparaturen, Instandsetzung, Emaillierung von gebrauchten Rädern, Nähmaschinen-Reparaturen.  
In Haus- und Küchen-Geräten fortgesetzt Eingang von Neuheiten!  
Aluminium-Spezial-Artikel, kompl. Küchen-Einrichtungen, Fleischwölfe, Reib-Maschinen, Holzwaren und dergl.  
**Paul Zeiler, Laußnitz 57b**  
Pezet-Fahrradbau :: Reparaturwerkstätte.  
Handelsgerichtlich eingetragene Firma.

**Milchzentrifugen** jeder Grössa  
Jahrzehntelange Erfahrung im Zentrifugenhandel schützt Sie vor minderwertigen Fabrikaten.  
liefert preiswert  
**Maschinenfabrik Emil Gneuß**  
— Ohorn. —

**„WICO“**  
D. R. P. a.  
Die bestsichere Alarmanlage. Einbruch ausgeschlossen. Schützt gegen Einbruch, Diebstahl, Ueberfall. Bahnbrechende Erfindung. — — — Ia Referenzen. Prospekt und kostenloser Besuch durch  
**Ing. Gärtner & Gnauck**  
Großröhrsdorf, Sa. .... Dresden - A.  
Telefon No. 40. .... Eisenstraße 70.

**Fleisch-Konserven** billig!  
2 Pfund-Dose Fleisch mit Bohnen nur 7 Mark.  
Konsum-Verein Pulsnitz.

**Weinschänke Gelsenau bei Ramenz**  
bekannt durch ihre idyllischen und herrlichen Gartenanlagen, ladet Ausflügler u. Vereine zu gütigem Besuche freudl. ein.  
Empfehle versch. Weine und von jezt an auch Biere.  
Fernruf: Amt Ramenz 339. Hochachtungsvoll Oskar Wüttner.

**Gummikaren**  
Spülapparate, Frauendouchen, Clysos, Schläuche, Unter-Lagen, Vorfäll-Binden, Frauentropfen u. a. sanitäre Gummivarzen.  
Anfragen erb. (Damenbedienung durch u. Frau) W. Hensing  
Dresden, am See 37, nahe Hauptbahnhof.

**Kaufe Gut.**  
Habe 200 000 M bar. Bedingung weiler Preis, schöne Wohnräume, Ausführl. Angebot unter Postlagerkarte 308 Dresden I.

**Hilfe in Steuerfachen.**  
Erfolgr. Reklamationen, Auskunft und Rat durch Steuerfachmann A. Reimann, Dresden-A. Ehrlichstraße 24.  
Sprechzeit: täglich 2 - 6 Uhr.

**Asthma**  
kann geheilt werden. Sprechstunden in Dresden, Pragerstraße 38 III jeden Montag von 11-1 Uhr. Dr. med. Alberts, Spezialarzt, Berlin S. W. 11.



# Aufruf der Deutschen Volkspartei!

---

## Deutsche Männer und Frauen, deutsche Jugend!

Noch immer zittert die Revolution in Deutschland fort. Von links und rechts versucht man die organische Entwicklung, die allein unseres Volkes Zukunft verbürgt, zu durchbrechen! Klassenhader zerreißt die Volksgemeinschaft. Ruhe, Ordnung und Arbeitsinn können nicht zu ihrem Rechte gelangen. Die Wirtschaft droht im Elend zu versinken und ehrliche Arbeit gedeiht nicht mehr. Am Ende dieser Volkszerrüttung steht Bolschewismus und roter Terror! Das ist das Ergebnis der Politik, die mit der Vernichtung der Staatsautorität durch die Novemberrevolution begann und aus der die heutigen Mehrheitsparteien den Weg zur Ordnung und zum Aufstieg nicht gefunden haben.

Nun ruft der Wahltag das deutsche Volk zur Schicksalsentscheidung auf.

## Neue Wege

müssen beschriftet werden, wenn wir zur Gesundung kommen wollen. Nicht die Diktatur oder Vormundschaft einzelner Klassen, noch die formale Demokratie parlamentarischer Parteiherrschaft kann Reichsfreudigkeit wecken oder uns auch nur aus dem Elend der Gegenwart befreien.

Wir verlangen, daß Lebenserfahrung und sachliche Tüchtigkeit die politische Arbeit ergänzen und fordern daher die Kammer der Arbeit, nicht nur als vorbereitendes und begutachtendes Organ, sondern als berufsständische Ergänzung des politischen Parlaments. Wir bekämpfen die parteipolitische Zersetzung des Beamtentums und wollen unser altes pflichtbewußtes, sachliches, unparteiisches und unbestechliches Beamtentum erhalten wissen.

Nicht Dilettanten, sondern Fachminister für die Leitung. Jeder Tüchtige, nicht nur der Gesinnungstüchtige, soll vorwärtskommen. Auswärtige Politik und Wehrmacht, Rechtspflege und Wirtschaft sollen von Parteipolitik befreit werden. Alle aufbauenden Kräfte in unserem Volksleben ohne Unterschied der Partei und des Standes sollen sich zusammenfinden zu der Aufgabe, die über allem steht, dem

## Wiederaufbau unseres Vaterlandes und unserer Wirtschaft.



Den Wiederaufbau machen die Deutschland aufgezwungenen unerträglichen Lasten unmöglich. Daher: Revision des Friedens von Versailles. Deutschlands Zusammenbruch ist der Zusammenbruch Europas, deutsche Anarchie bedeutet europäische Anarchie. Sachkundige Leitung auswärtiger Politik und deutscher Wirtschaft muß unter Wahrung nationaler Würde die Revision des Friedens erwirken.

Den Wiederaufbau zerstört, wer Klassenherrschaft errichten will. Wir wollen als liberale Bürger- und Arbeiterpartei Versöhnung, nicht Verhetzung der Stände. Arbeitgeber und Arbeitnehmer müssen in der Arbeitsgemeinschaft zusammenwirken, die Arbeitsgemeinschaft muß zur Volksgemeinschaft werden. Wer zum Generalfreik ruft, erschüttert die Grundlagen des Staates und der Wirtschaft.

Der Wiederaufbau ist nur möglich, wenn persönliche Leitung und Verantwortung im Wirtschaftsleben erhalten bleibt. Daher keine schematische, staatliche oder kommunale Sozialisierung. Kein freies Spiel der Kräfte, aber nur selbstverwaltende, nicht staatlich-bürokratische Organisation. Schutz dem auch unter den heutigen Wirtschaftsverhältnissen unentbehrlichen Mittelstand, der mehr als je für uns nötigen Landwirtschaft und jeder ehrlichen Arbeit. Rücksichtsloser Kampf gegen Wucher- und Schiebertum.

Der Wiederaufbau kann nur gedeihen, wenn das Reich uns bleibt. Daher: Für den Reichsgedanken, für die ungeschmälerte Einheit des Reiches gegen alle partikularistischen Absonderungsbestrebungen. Die Liebe zum Reich wurde erschüttert, weil staatliche Autorität und Macht untergraben werden konnten. Ihre Wiederaufrichtung ist dringendstes Gebot.

Der Wiederaufbau kann nur getragen sein von sittlichen Kräften. Zu erwecken sind sie nur durch eine von religiösem und vaterländischem Geist erfüllte Volkserziehung. Zurück zu den alten Idealen der Autorität, der Ordnung, des Adels der Arbeit, der Sittlichkeit, Pflichttreue und wahrer deutscher Freiheit! Kampf gegen alles zersetzende Wesen und alle Zügellosigkeit!

In der Arbeit für diesen Wiederaufbau wollen wir mit Allen zusammenwirken,  
die guten Willens sind. Nicht Parteiherrschaft, sondern

## Zusammenfassung aller aufbauenden Kräfte

im deutschen Vaterlande ist unser Ziel. Wer es mit uns erstrebt, bekenne sich zu uns und trete bei der Wahl in die Reihen der

# Deutschen Volkspartei



Wahlkreisverband Dresden-Bauken der Deutschen Volkspartei  
Dresden-A., Strehleener Straße 51.



# Wahlaufruf der Deutschen Volkspartei

## Deutsche Männer und Frauen, deutsche Jugend!

Noch immer zittert die Revolution in Deutschland fort. Von links und rechts versucht man die organische Entwicklung, die allein unseres Volkes Zukunft verbürgt, zu durchbrechen, Klassenhader zerreißt die Volksgemeinschaft, Ruhe, Ordnung und Arbeitsinn können nicht zu ihrem Recht gelangen, die Wirtschaft droht im Elend zu versinken und ehrliche Arbeit gedeiht nicht mehr. Am Ende dieser Volkszerrüttung steht

### Bolschewismus und roter Terror.

Das ist das Ergebnis der Politik, die mit der Vernichtung der Staatsautorität durch die Novemberrevolution begann und aus der die heutigen Mehrheitsparteien den Weg zur Ordnung und zum Aufstieg nicht gefunden haben.

Nun ruft der Wahltag das deutsche Volk zur **Schicksalsentscheidung** auf. Neue Wege müssen beschrritten werden, wenn wir zur Gesundung kommen wollen. Nicht die Diktatur oder Vormundschaft einzelner Klassen, noch die formale Demokratie parlamentarischer Parteiherrschaft kann Reichsfriede wecken oder uns auch nur aus dem Elend der Gegenwart befreien. Wir verlangen, daß

### Lebenserfahrung und fachliche Tüchtigkeit

die politische Arbeit ergänzen und fordern daher die Kammer der Arbeit, nicht nur als vorberatendes und begutachtendes Organ, sondern als **berufsmäßige Ergänzung** des politischen Parlaments. Wir bekämpfen die parteipolitische Zersetzung des Beamtentums und wollen unser altes pflichtbewusstes, fachliches, unparteiisches und unbestechliches Beamtentum erhalten wissen. Nicht Dilettanten, sondern Fachminister für die Leitung, jeder Tüchtige, nicht nur der Gesinnungstüchtige soll vorwärts kommen. Auswärtige Politik und Wehrmacht, Rechtspflege und Wirtschaft sollen von Parteipolitik befreit werden. Alle aufbauenden Kräfte in unserem Volksleben ohne Unterschied der Partei und des Standes sollen sich zusammensinden zu der Aufgabe, die über allem steht, dem

### Wiederaufbau unseres Vaterlandes und unserer Wirtschaft.

Den Wiederaufbau machen die Deutschland aufgezwungenen unerträglichen Lasten unmöglich. Daher: Revision des Friedens von Versailles. Deutschlands Zusammenbruch ist der Zusammenbruch Europas, deutsche Anarchie bedeutet europäische Anarchie.

Sachkundige Leitung auswärtiger Politik und deutscher Wirtschaft muß unter Wahrung nationaler Würde die Revision des Friedens erwirken.

Den Wiederaufbau zerstört, wer Klassenherrschaft errichten will. Wir wollen als liberale Bürger- und Arbeiterpartei **Versöhnung**, nicht Verhezung der Stände. Arbeitgeber und Arbeitnehmer müssen in der Arbeitsgemeinschaft zusammenwirken, die Arbeitsgemeinschaft muß zur Volksgemeinschaft werden. Wer zum Generalstreik ruft, erschüttert die Grundlagen des Staates und der Wirtschaft.

Der Wiederaufbau ist nur möglich, wenn persönliche Leitung und Verantwortung im Wirtschaftsleben erhalten bleibt. Daher keine schematische, staatliche oder kommunale Sozialisierung. Kein freies Spiel der Kräfte, aber nur selbstverwaltende, nicht staatllich-bürokratische Organisation. Schutz dem auch unter den heutigen Wirtschaftsverhältnissen unentbehrlichen Mittelstand, der mehr als je für uns nötigen Landwirtschaft und jeder ehrlichen Arbeit, rücksichtsloser Kampf gegen Wucher- und Schiebertum.

Der Wiederaufbau kann nur gedeihen, wenn das Reich uns bleibt.

### Für den Reichsgedanken,

für die ungeschmälerte Einheit des Reiches gegen alle partikularistischen Absonderungsbestrebungen. Die Liebe zum Reich wurde erschüttert, weil staatliche Autorität und Macht untergraben werden konnten. Ihre Wiederaufrichtung ist dringendstes Gebot.

Der Wiederaufbau kann nur getragen sein von **sittlichen Kräften**. Zu erwecken sind sie nur durch eine von religiösem und vaterländischem Geist erfüllte Volks-erziehung. Zurück zu den alten Idealen der Autorität, Ordnung, des Adels der Arbeit, der Sittlichkeit, Pflicht-treue und wahrer deutscher Freiheit, Kampf gegen alles zersetzende Wesen und alle Zügellosigkeit.

In der Arbeit für diesen Wiederaufbau wollen wir mit Allen zusammenwirken, die guten Willens sind. Nicht Parteiherrschaft, sondern **Zusammenfassung** aller aufbauenden Kräfte im deutschen Vaterlande ist unser Ziel.

Wer es mit uns erstrebt, bekenne sich zu uns und trete bei der Wahl in die Reihen der

### Deutschen Volkspartei.

Unsere Liste enthält folgende Namen:

1. Dr. Rudolf **Heinze**, Staatsminister a. D., Mitgl. der Deutschen Nationalversammlung, Loschwitz.
2. Dr. ing. h. c. Curt **Gorge**, Präsident des Reichsverbandes der deutschen Industrie, Berlin.
3. Dr. theol. h. c. Otto **Eberling**, Vorsitzender des Evangelischen Bundes, Nikolassee.
4. Frl. Dr. phil. E. Lotte **Schurig**, Dresden-N.
5. Zimmermeister Ernst **Noack**, Dresden.
6. Stadtrat Franz **Königer**, privatistierend. Fabrikbesitzer, Zittau.
7. Dr. med. **Dreschke**, praktischer Arzt, Freiberg.
8. Arbeitersekr. W. **Gey**, Stadtverordn., Dresden.
9. Rechnungsrat Gotthold **Anders**, Finanzhauptkassierer, Mitgl. der Volkskammer, Dresden.
10. Rechtsanwält Justizrat **Voigt**, Kamenz.
11. Frau Margarete **Lindau**, Hosterwitz.
12. Bäckermeister Reinhold **Richter**, Großenhain.
13. Tierzuchtinspektor **Dietrich**, Baugen.
14. Rentner W. **Wolff**, Vorsitzender des Vereins der Klein- und Mittelrentner Sachsens, Dresden.
15. Kaufmann Alfred **Beck**, Mitinhaber von Abraham Dürninger & Co., Herrnhut.

### Der Wahlausschuß

Dr. Gutmann, Vorsitzender.

Wählt am 6. Juni 1920 die Heinze-Liste!

H. B. Schulze, Dresden-N.







# Das wahre Gesicht der Demokratie!

---

## Wähler!

### Bergeßt nicht, was die Demokraten getan haben!

Die Demokraten und ihre Vorgänger, ob sie sich nun fortschrittliche Volkspartei, Deutsch-freisinnige oder sonstwie genannt haben, sind immer **Feinde des Mittelstandes** gewesen und haben gegen alle Gesetze gestimmt, die den Gewerbetreibenden und Handwerker vor Ausbeutung durch das Großkapital von oben wie von unten schützen sollen.

Die Demokraten sind immer **Feinde des Bauern** gewesen, sie haben gegen die Schutz-zollgesetze gestimmt und sind zusammen mit der Sozialdemokratie die eifrigsten Verfechter der die Produktion vernichtenden und unser Volk der Aushungerung und der Auswucherung preisgebenden Zwangswirtschaft.

Die Demokraten haben während der Revolution **das Bürgertum belogen und verraten**. Sie sind keine bürgerliche Partei und einer ihrer Hauptführer, Professor Weber, hat selbst den Ausdruck getan, die demokratische Partei lehne die Bezeichnung als bürgerliche Partei ab. • Unter der Kanzlerschaft des Prinzen Max saßen neben Sozialdemokraten und Zentrumsleuten Vertreter der Demokratie in der Regierung. Sie kannten die Vorbereitungen der Sozialdemokratie zur Beseitigung der Monarchie und damit zur Herbeiführung der Revolution. Sie haben nichts getan, um dieses entsetzliche Unglück von Deutschland abzuwenden, sie haben das deutsche Volk nicht gewarnt, sondern sich augenscheinlich nur darauf vorbereitet, aus dem Umsturz parteipolitischen Vorteil durch Neugruppierung ihrer Partei zu erzielen.

Die Demokraten sind **mitschuldig an der Zerstörung des Bismarckschen Reichs**. Mit der Sozialdemokratie und dem von Erzberger geführten Zentrum bildeten sie die Mehrheit des vergangenen Reichstags, die sich blindlings in die Gefolgschaft des Reichsverderbers Erzberger begab, den Siegeswillen des deutschen Volkes untergrub und so zu Deutschlands Vernichtung in erster Linie beitrug.

Die Demokraten haben im Jahre 1919 den Ausschlag dafür gegeben, daß **der 1. Mai zum Feiertag** erklärt wurde.

Die Demokraten haben **unsere ruhmreiche schwarz-weiß-rote Reichsfahne verraten** und für die Farben der schwarzen, der roten und der goldnen Internationale gestimmt. Einer der ihrigen, Professor Quidde, erklärte, die demokratischen Parteifarben müßten Reichsflagge werden; er bekannte damit, daß für die Demokraten die Partei über dem Vaterland steht.



Die Demokraten haben **den Reichsverderber Erzberger gestützt**, seine leichtfertige, das Reich in Schulden stürzende und unser Volk verderbende Finanzpolitik mitgemacht; sie haben für seine Steuergesetze gestimmt, durch die ein großer Teil des deutschen Besitzes, der auch für die arbeitenden Klassen als Grundlage der Arbeits- und damit der Existenzmöglichkeit unentbehrlich ist, vernichtet wird, ohne daß dem deutschen Volk daraus der mindeste Nutzen entsteht, sie sind mitschuldig an der Wirtschaftspolitik, die unseren Kredit im Ausland zerstört und unsere Valuta auf ihren traurigen Tiefstand herabgedrückt hat.

Die Demokraten haben **für das Sozialisierungsgesetz gestimmt** und damit grundsätzlich, allen gegenteiligen Beteuerungen zum Trotz, der Erschütterung des Privateigentums Vorschub geleistet.

Die Demokraten haben **für das Betriebsrätegesetz gestimmt** und damit der ruhigen Entwicklung unseres Wirtschaftslebens, die unsere Hauptaufgabe sein muß, schwersten Schaden zugefügt. Der Unternehmungsgeist der Betriebsinhaber wird gelähmt, die arbeitswilligen Elemente sind der Herrschaft und der Unterdrückung durch oft unreife Elemente preisgegeben, 60 000 Menschen sind der täglichen Arbeit entzogen und erschöpfen sich in fruchtlosen Erörterungen und Streitigkeiten.

Die Demokraten haben sich bestrebt, **das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes aufzuheben**, indem einer der ihrigen, der Reichsminister Koch, Schritte zur Verlängerung des Mandats der Nationalversammlung bis Ende 1921 getan hat.

Die Demokraten haben im März 1920 **zum Generalstreik aufgerufen**. Dadurch sind sie mitschuldig geworden an den Bolschewistengreueln in Deutschland, mitschuldig an der Zerstörung unendlicher und unerfeglicher Werte, mitschuldig an der schweren Erschütterung unseres Wirtschaftslebens durch den Generalstreik, mitschuldig an der Gefährdung des Lebens und der Gesundheit unseres Volkes durch die teilweise stattgefundene Stilllegung lebenswichtiger Betriebe.

Schaffendes deutsches Volk in Industrie, Mittelstand und Landwirtschaft, gleichgültig ob Unternehmer, Arbeiter oder Angestellte, wählt keinen Demokraten! Gebt Eure Stimmen restlos der

## **Deutschnationalen Volkspartei!**

Dies ist die einzige Partei, von der die Wiederkehr geordneter und rechtlicher Verhältnisse und damit der Wiederaufbau Deutschlands zu erwarten ist. Die Liste der Deutschnationalen Volkspartei trägt an ihrer Spitze die Namen:

**Dr. Reichert \* Alwin Domsch \* Stadtrat Weßlich \* Frau Dr. Bültmann**

**Bezirksverband der deutschnationalen Volkspartei  
in der Amtshauptmannschaft Kamenz.**



# Lausitzer Wähler!

## Der rechte Weg führt am 6. Juni zur Deutschen demokratischen Partei.

Ihre Kandidaten sind alle mit der Lausitz aufs engste verbunden und kennen die Nöte und Sorgen der Lausitzer Bevölkerung.

### Oberbürgermeister Dr. Külz

ist seit Jahren Oberhaupt der Stadt Zittau. Daß er das Herz auf dem rechten Fleck hat und weiß, wo jedem einzelnen der Schuh drückt, wird auch von seinen politischen Gegnern rückhaltlos anerkannt. Er ist nicht der Kandidat einer einzelnen Schicht oder eines einzelnen Berufes, er ist der Kandidat der gesamten

### Lausitzer Bevölkerung.

### Dr. August Weber

ist in den Kreisen von Industrie, Handel und Gewerbe als ehemaliger Direktor der Löbauer Bank noch in bester Erinnerung. Er war es, der durch seine großzügige Finanzpolitik der Lausitzer Industrie und besonders den Lausitzer Handwerkern und Gewerbetreibenden große wirtschaftliche Vorteile brachte. Seine Tätigkeit als Abgeordneter zum deutschen Reichstag ist den Wählern der Lausitz, insbesondere des Löbauer Kreises, noch in bester Erinnerung.

### Ministerialdirektor Dr. Dehne

gebürtig aus Ebbau, also ebenfalls ein Kind der Lausitz, hatte als sächsischer Bevollmächtigter beim Bundesrat die besondere Aufgabe, die wirtschaftlichen Interessen Sachsens beim Reich zu vertreten. Gerade in dieser Stellung hat er es verstanden, die Interessen von Handel, Gewerbe und Industrie wirksam zu vertreten und hat dadurch durch die Tat den Nachweis gebracht, wie sehr ihm das Wohl unseres Lausitzer Wirtschaftslebens am Herzen liegt.

Auch der vierte Kandidat der Deutsch-demokratischen Liste

### Stempnerobermeister Reischer

ist seit vielen Jahren mit der Lausitz verwachsen. Er ist seit 1885 in Pirna ansässig und seit dem Jahre 1902 selbständiger Geschäftsmann in Pirna. Durch rastlosen Fleiß und persönliche Tüchtigkeit hat er sich aus den kleinsten Anfängen zur weit über die Grenzen seines engeren Wirkungskreises geschätzten Persönlichkeit herausgearbeitet. Er ist zweiter Vorsitzender des Bezirksausschusses des sächsischen Handwerks im Amtshauptmannschaftsbezirk Pirna und Mitglied des Vorstandes des sächsischen Handwerkerbundes.

So ist die Liste der Deutschen demokratischen Partei von Anfang bis Ende lausitzfreundlich im besten Sinne des Wortes; außerdem ist sie nur mit Männern besetzt, die bereits im politischen Leben anerkannt sind und ihren politischen und wirtschaftlichen Weitblick bei der Betätigung in den verschiedensten öffentlichen Ämtern praktisch bewiesen haben. Wer deshalb die

### richtige Vertretung unserer Lausitz

im Reichstage wünscht, der wähle am Sonntag, 6. Juni, die Liste der Deutschen demokratischen Partei

# Külz-Weber-Dehne-Reischer



# Wähler!

Der letzte Sonntag im Juni

## Deutscher demokratischer Partei

Das Wahlergebnis hat die deutsche Nation nicht nur bestätigt, sondern auch die Grundlage für die weitere Entwicklung der deutschen Demokratie gelegt.

### Ergebnisse der Wahl

Die deutsche Nation hat am Sonntag den 1. Juni die deutsche Demokratie bestätigt. Die deutsche Nation hat die deutsche Demokratie bestätigt. Die deutsche Nation hat die deutsche Demokratie bestätigt.

### Wahlberechtigung

#### 1. Wahlberechtigung

Die deutsche Nation hat die deutsche Demokratie bestätigt. Die deutsche Nation hat die deutsche Demokratie bestätigt. Die deutsche Nation hat die deutsche Demokratie bestätigt.

#### 2. Wahlberechtigung

Die deutsche Nation hat die deutsche Demokratie bestätigt. Die deutsche Nation hat die deutsche Demokratie bestätigt. Die deutsche Nation hat die deutsche Demokratie bestätigt.

#### 3. Wahlberechtigung

Die deutsche Nation hat die deutsche Demokratie bestätigt. Die deutsche Nation hat die deutsche Demokratie bestätigt. Die deutsche Nation hat die deutsche Demokratie bestätigt.

#### 4. Wahlberechtigung

Die deutsche Nation hat die deutsche Demokratie bestätigt. Die deutsche Nation hat die deutsche Demokratie bestätigt. Die deutsche Nation hat die deutsche Demokratie bestätigt.

# Wahlberechtigung





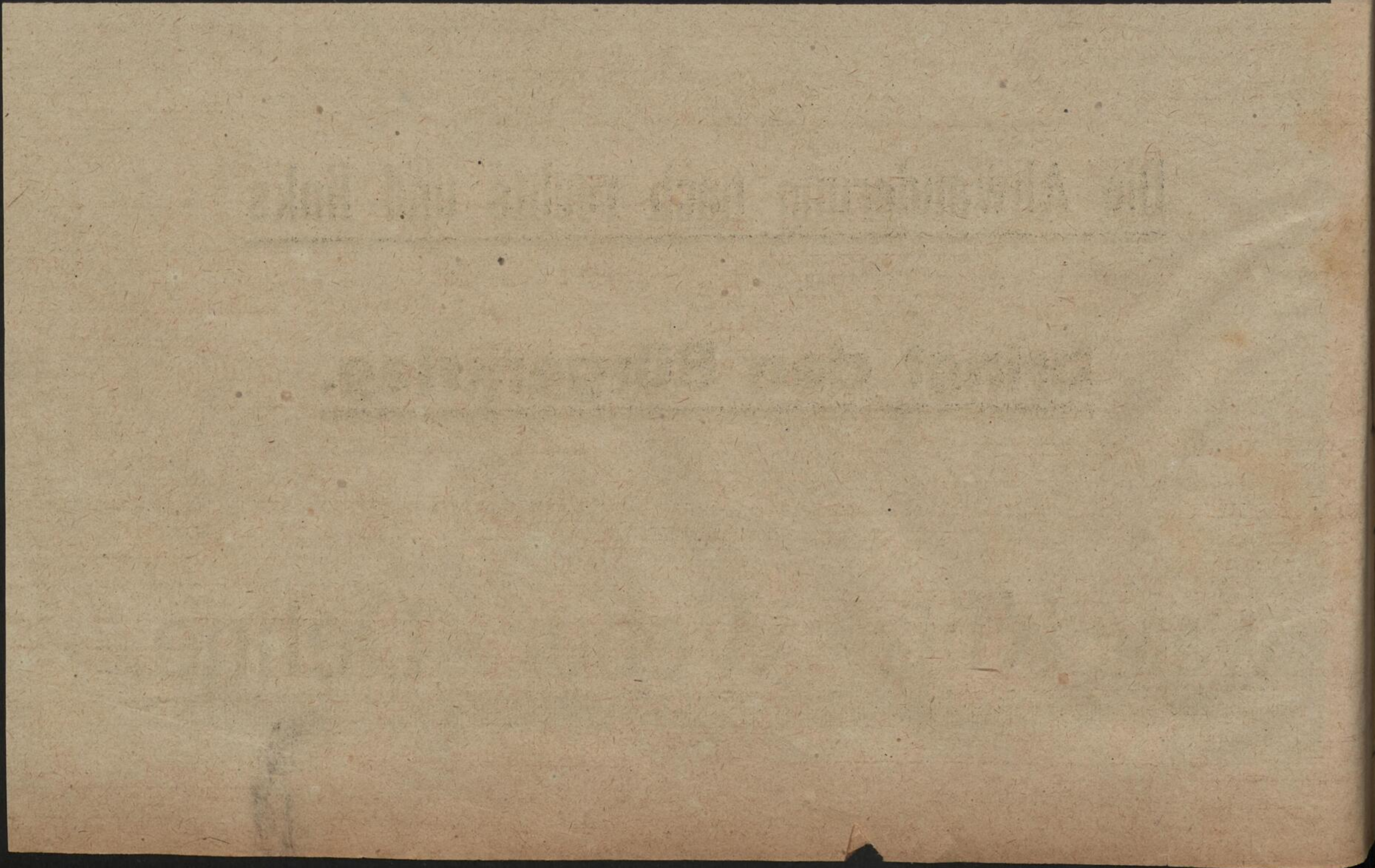
Die Abwanderung nach rechts und links

bringt den Bürgerkrieg.

Wählt Külz ❁ Weber ❁ Dehne.

---





**SLUB**

Wir führen Wissen.





# Wähler und Wählerinnen!

Die Sorge der Demokratischen Partei, daß ihnen der größte Teil ihrer Stimmen an die Rechtsparteien verloren geht, muß **recht GROSS** sein.

Ihr bezeichneter Weise nicht unterschriebenes Flugblatt mit dem Hinweis auf den Einmarsch der Franzosen und den bevorstehenden Bürgerkrieg, wenn nicht demokratisch oder sozialistisch gewählt wird, beweist das zur Genüge.

Wähler und Wählerinnen, laßt Euch durch dieses offenbare **Wahlmanöver** nicht irre machen.

Denkt an die Massenflucht aus der Demokratischen Partei, die ihre wohlbegründeten Ursachen hat. Nicht umsonst wird sie angesichts ihrer Tätigkeit in der Regierung von ihren eigenen Anhängern jetzt im Stich gelassen.

Die Rechtsparteien wollen

## Ruhe, Ordnung und Arbeit

für **alle** Berufsstände, also auch für die arbeitenden Klassen, denen man jetzt das Gespenst des Bürgerkrieges vor die Augen führt.

**Deutschnationale Volkspartei.**  
**Deutsche Volkspartei.**



1801

1802

1803

1804

1805

1806

1807

1808

1809

1810

1811

1812

1813

1814

1815

1816

1817

1818

1819

1820

1821

1822

1823

1824

1825

1826

1827

1828

